Nr. 25. Halle (Saale), Mittwoch, den 30. Januar 1918. 29. Jahrg.

Bezugspreis: Monatlich 1.— Mk. bei freier Zustellung ins Haus an jed. Werktag. Durch die Post bezogen gleichfalls 1.— Mk., oder 3.— Mk. vierteljährlich, und 14 Pfg. Bestellgeld für Monat, wenn die Zustellung vom Postbote erfolgt

„Neue Welt", wöchentlich erscheinende Unterhaltungsbeilage, 10 Pfg. im Monat.

Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Harz 42-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags. Fernsprechanschluß Nr. 1147. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 1616.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene, 46 mm breite Kolonelzeile kostet 20 Pfg., für auswärtige des Verbreitungsbezirks 25 Pfg. Anzeig. unter Text: für die 92 mm breite Reklamezeile 75 Pfg. Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbet.

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernsprechanschluß Nr. 1045. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags. Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag bzw. die Nr. 1047.

Die Friedensverhandlungen.

Aus Brest-Litowsk wird gemeldet, daß am Dienstag, 29. Jan., die Vertreter der Mächte (Czernin, Kühlmann, Talaat Pascha, Gontschew, Trotzki) wieder eingetroffen sind. Ebenso sind Delegationen der Ukraine, Sibiriens, Persiens unterwegs oder schon in Brest angelangt. Auf russisches Ersuchen wurde die Sitzung der politischen Kommission auf Mittwoch, 30. Jan., verschoben.

•

Eine Erklärung Trotzkis.

Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur hat Trotzki auf dem dritten Allrussischen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte am Schluß einer längeren Rede folgendes erklärt:

Die russische Delegation wird ihre Forderungen nicht preisgeben. Sie wird keinen Separatfrieden schließen. Die Bewegung greift auf Polen und England über. Die Macht der imperialistischen und bürgerlichen Regierungen ist unterminiert. Das europäische Proletariat wird uns unterstützen. Wir kämpfen für eine gemeinsame Sache und wir werden siegen.

•

Die Pariser Ententekonferenz ist jetzt zusammengetreten. Am Donnerstag wird dann in Versailles der interalliierte Kriegsrat tagen, der sich mit der Aufstellung einer gemeinsam operierenden Armee beschäftigen soll. Nach dem Echo de Paris wird in den Besprechungen der Ententeministerpräsidenten die Antwort auf die Kundgebungen Czernins und Hertlings redigiert und die Kriegsziele der Entente festgelegt werden.

•

Washington an Wien.

Graf Czernin hatte sich zur Vermittlung mit Amerika bereit erklärt. Darauf antwortet die New Yorker World, die oft zu Wilsons Kundgebungen benutzt wird, durch folgende Meldung aus Washington: „Wenn die österreichisch-ungarische Regierung den aufrichtigen Wunsch habe, mit den Vereinigten Staaten in Besprechungen einzutreten, so stehe ihr **der offizielle Weg durch die Vermittlung des spanischen oder schwedischen Gesandten offen.** Auf die Anregung Hertlings einzugehen, Berlin neue Friedensangebote zu machen, liege aber kein Anlaß vor."

Die Streikbewegung.

Meldungen aus anderen Blättern.

Das B. T. berichtet: Die Ausständigen der Groß-Berliner Metallbetriebe verließen Montag vormittag gegen 9 Uhr und dann im Laufe des Nachmittags in voller Ruhe ihre Arbeitsstätten. In schnell improvisierten Versammlungen wurden von jedem einzelnen Betrieb Siebenerausschüsse gewählt, die sich weiterhin zu einem Arbeiterrat zusammenschlossen. Dieser Arbeiterrat berät jetzt erst über ein einheitliches Streikprogramm, so daß erst bestimmte Entscheidungen fallen dürften. Die Veranstalter des Streiks wünschen, daß die Bewegung nicht als ein Ausbruch augenblicklicher Mißstimmung erscheine, auch nicht eine bloße Demonstration bleibe, sondern daß, genau wie in Oesterreich, bestimmte politische Ziele in den Vordergrund gerückt werden. Wie wir erfahren, sind Vertreter der Leipziger Arbeiterschaft und ein Mitglied des Parteivorstandes der deutsche-österreichischen sozialdemokratischen Partei, der Abgeordnete Dr. Eldenbogen-Wien, in Berlin eingetroffen, um Besprechungen mit dem Parteivorstand der deutschen Sozialdemokraten zu pflegen.

•

400 000 Streikende.

Meldung des B. T.: „Von zuständiger Stelle erfahren wir: Der Streik gewinnt offenbar an Ausdehnung. Eine klare Uebersicht über die Beteiligung ist jedoch erst in den späten Nachmittagsstunden zu erwarten. Bis Dienstag mittag waren in Groß-Berlin angeblich 400000 Arbeiter in den Ausstand getreten. Auch in der Provinz scheint die Bewegung an Umfang zu gewinnen, indessen ist die direkte Verbindung mit der Provinz schwierig. Es sind aber bereits aus verschiedenen Städten und Industriegebieten Vertreter der Arbeiterschaft angemeldet, die noch Dienstag in Berlin eintreffen sollen. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, die bisher an den Verhandlungen nicht teilgenommen hat, hielt eine Ausschußsitzung ab, in der die Neutralität der Gewerkschaften beschlossen wurde. Nach Ansicht der Generalkommission stellt sich die Streikbewegung als eine reinpolitische Angelegenheit dar."

•

Verhandlungsversuch mit der Regierung.

Dem B. T. wird von zuständiger Stelle mitgeteilt: „Die Gewerkschaften stehen überhaupt in keiner Beziehung zu dem Streik. Der Streik ist vielmehr aus der Arbeiterschaft heraus entstanden. In den Betrieben, in denen gestreikt wird, sind Delegierte gewählt worden, die sich zu einem Arbeiterrat zusammengeschlossen haben. Dieser Arbeiterrat besteht aus 500 Arbeitern, die ihrerseits wieder einen Aktionsausschuß gewählt haben. Dieser Ausschuß besteht aus zehn Arbeitern und einer Arbeiterin. Hinzugezogen sind sechs sozialdemokratische Abgeordnete, und zwar drei Vertreter der unabhängigen Sozialdemokratie und drei Vertreter der alten sozialdemokratischen Partei. Von den Unabhängigen gehören Haase, Ledebour und Dittmann, von der alten Partei Scheidemann, Ebert und Braun dem Ausschuß an. Der Aktionsausschuß hat Dienstag vormittag beschlossen, in der energischsten Form gegen das Versammlungsverbot vorzugehen. Es ist zu diesem Zweck eine Deputation von fünf Arbeitern und vier Abgeordneten gewählt worden, die mit dem Staatssekretär Wallraf verhandeln soll, um die auf Grund des Vereins- und Versammlungsrechts gewährleistete Versammlungsfreiheit durchzusetzen. Die Deputation setzte sich telephonisch mit dem Staatssekretär in Verbindung, um einen Zeitpunkt für ihren Empfang zu vereinbaren. Der Staatssekretär lehnte es zunächst ab, die Deputation zu empfangen. Er begründete die Ablehnung damit, daß er mit den Arbeitern nicht verhandeln könne, er bedeutete aber, daß er bereit sei, mit den Abgeordneten in Verhandlungen einzutreten, das Verhandeln mit den Arbeitern könne „zu unabsehbaren Konsequenzen" führen. Daraufhin begab sich eine Abordnung bestehend aus den Abgeordneten Scheidemann und Haase und zwei Arbeitern zum Staatssekretär Wallraf, um ihm mitzuteilen, daß der Aktionsausschuß einstimmig beschlossen habe, daß nur unter Zuziehung der Arbeiter verhandelt werden könne. Die Abordnung weilte bei Schluß des Blattes noch im Ministerium des Innern; ob sie vom Staatssekretär empfangen werden wird, steht bisher noch nicht fest."

•

Wallraf lehnt ab!

Offiziös wird gemeldet: Berlin, 29. Januar. Der Staatssekretär des Innern wurde von Vertretern der beiden sozialdemokratischen Fraktionen um eine Unterredung ersucht, an der auch Abgesandte der streikenden Arbeiter teilnehmen sollten. Der Staatssekretär erklärte, daß er bereit sei, die sozialdemokratischen Abgeordneten zu empfangen. Mit den nicht der Volksvertretung angehörenden Arbeitern könne er indessen über Fragen allgemein politischen Inhalts nicht verhandeln, da Besprechungen dieser Art vor das Forum des Reichstages gehörten. Die geplante Unterredung ist daraufhin unterblieben.

•

Die Bewegung im Reiche.

Die Nachrichten aus dem Reiche werden nur ganz mangelhaft verbreitet, so daß sich kein zutreffendes Bild ermitteln läßt. Es liegen folgende Meldungen vor:

Magdeburg. In Magdeburg sind Dienstag früh insgesamt 35 000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Metallindustrie in den Streik getreten. Es streiken sämtliche Rüstungswerke u. a.: Krupp mit 11 000, Schäfer u. Buddenberg mit 4000, R. Wolff A.-G. mit 6000, Magdeburger Maschinenfabrik mit 2000, Gruson mit 1500 Mann und viele kleinere Betriebe fast vollständig.

•

Androhung der Militarisierung.

Bürgerliche Blätter melden:

„Magdeburg, 29. Januar. Der stellvertretende Kommandierende General des 4. Armeekorps hat an die streikenden Arbeiter die Aufforderung ergehen lassen, die Arbeit bis Donnerstag, den 31. Januar, 9 Uhr vormittags, wieder aufzunehmen. Für diejenigen Betriebe, in denen diesem Ersuchen nicht entsprochen wird, ist die Militarisierung angekündigt. Diese Maßnahme würde bedeuten, daß für alle Personen des Betriebes ein Verbot der Arbeitsniederlegung unter Androhung schwerer Strafe erfolgt. Wehrpflichtige werden zum Heeresdienst eingezogen und unterstehen den Kriegsgesetzen."

•

Kiel. In Kiel hat der Streik mit 8000 Mann bereits am Freitag begonnen. Wegen Maßregelung von 14 Kollegen der Torpedowerke Friedrichsort. Ihnen folgten am Sonnabend 7000 Mann der Germaniawerft, am Montag 14 000 der Kaiserlichen Werft und 12 000 Arbeiter anderer Betriebe. Die Vertrauensleute der Bauarbeiter und der Straßenbahner haben beschlossen, sich dem Streik anzuschließen. Es wurde ein Arbeiterrat aus den Delegierten der Betriebe gebildet und aus diesem Arbeiterrat ein Ausschuß von 10 Personen zur Leitung der Bewegung eingesetzt. — Eine weitere Meldung des B. T. besagt: Die Zahl der Streikenden beträgt jetzt 40000 Mann. Die B. Z. meldet: Die Bäckerläden werden seit Freitag militärisch und von bewaffneten Polizisten bewacht.

Hamburg. Sämtliche Arbeiter der Vulkanwerke haben die Arbeit niedergelegt und begaben sich in geschlossenem Zuge durch die Hauptstraßen nach dem Gewerkschaftshause, wo sie eine ziemlich stürmisch verlaufene Versammlung abhielten. Der Arbeiterausschuß ließ dort durch die Redner erklären, daß alle Wünsche und Forderungen an den zuständigen Stellen vorgetragen und auf Abhilfe gedrungen werden sollte. Die oft durch Zwischenrufe unterbrochenen Redner taten ihr Bestes, die Massen zu beruhigen und es gelang ihnen auch schließlich soweit, daß die späteren Redner ruhig ihre Darlegungen machen konnten. Die Wünsche gingen alle dahin, eine bessere Versorgung der Arbeiter mit Lebensmitteln herbeizuführen. Gegen zwei Uhr wurde die Versammlung bis Dienstag vormittag vertagt. Zu Ruhestörungen ist es nicht gekommen.

Nürnberg. Dienstag vormittag fand auf dem Egydienberge eine Versammlung unter freiem Himmel statt, an der etwa 60 000 bis 90 000 Personen teilnahmen. Es sprachen ungefähr 60 Redner. Sie führten aus, bei der Streikbewegung handle es sich um die Unterstützung der Forderungen der preußischen Arbeiter nach Einführung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes für Männer und Frauen in Preußen. Es wurde beschlossen, nachmittags um 6 Uhr die Nachtschicht und Mittwoch früh die Tagesschicht wieder aufzunehmen. Außerdem wurde beschlossen, die Beschlüsse der Versammlung dem Reichstage und dem bayerischen Landtage zur Kenntnis zu bringen. **Es kam zu Massenumzügen in das Stadtinnere.**

Ruhrrevier. Aus Essen wird gemeldet, daß nur 4000 Streikende unter den Bergarbeitern seien. Die Dortmunder Meldung besagt: Weitere Teilausstände im hiesigen Bezirk sind zu melden von den Zechen Preußen I und II, Gneisenau und Victoria-Günnen.

Rußland.

Nur Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat.

Petersburg, 29. Januar. Der maximalistische Volksbeauftragte für nationale Angelegenheiten gibt bekannt, daß die Volksbeauftragten mit der Rada der Ukraine nicht weiter verhandeln werden. Der einzige mögliche Weg sei der unbarmherzige Kampf mit der Rada, bis die ukrainischen Sowjets siegreich seien. Friede und Ordnung könnten in der Ukraine nur herrschen, wenn die Herrschaft der Bourgeoisie völlig beseitigt und ersetzt sei durch die neue sozialistische Rada der Sowjets, deren Kern schon in Charkow gebildet sei. Wie gemeldet werde, mobilisierten die ukrainischen Bolschewiki ihre Streitkräfte. Eine allgemeine Schlacht bei Kiew sei in einigen Tagen zu erwarten. Der rumänische Konsul und 14 Offiziere seien in Kischinew verhaftet worden. 600 Petersburger Rote-Garden seien mit Maschinengewehren nach Wiborg abgegangen, um die finnischen Roten Garden zu unterstützen.

•

Der Bruch mit Rumänien.

Petersburg, 28. Januar. Die rumänische Gesandtschaft erhielt um 2 Uhr nachmittags Befehl, Rußland binnen zehn Stunden zu verlassen. Die Abreise erfolgte um Mitternacht nach Stockholm.

Republik Rumänien?

Schwedische Blätter berichten, daß der Führer der rumänischen Sozialisten, Rakowski, der sich an der Spitze einer Art rumänischen Sowjets in Odessa aufhält, sich zum Präsidenten der rumänischen Republik ausgerufen habe. Er soll den rumänischen König in einem Ultimatum zur Abdankung aufgefordert haben.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 30. Januar 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An verschiedenen Stellen der Front Artillerie- und Minenwerferkämpfe. Die Infanterietätigkeit blieb auf Erkundungsgefechte beschränkt. — Unsere Flieger führten erfolgreiche Angriffe auf England und die französische Nordküste durch. London und Southend, sowie Dünkirchen, Gravelines und Calais wurden mit Bomben beworfen. Im Luftkampf wurden gestern acht feindliche Flugzeuge und zwei Fesselballone abgeschossen.

Oestlicher Kriegsschauplatz. Nichts Neues.

Mazedonische Front. Der Vorstoß feindlicher Kompagnien gegen bulgarische Feldwachstellungen nordöstlich vom Doiransee wurde abgewiesen.

Italienische Front. Auf der Hochfläche von Asiago haben die Italiener ihre Angriffe fortgesetzt. Im Gebiet des Monte Sisemol sind sie unter schweren Verlusten gescheitert. Die Monte di Val Bella und Col del Rosso blieben nach hartem Kampf in Händen des Feindes.

•

Weitere Versenkungen. Berlin, 29. Januar 1918. Neue U-Boots-Erfolge im mittleren und östlichen Mittelmeer: Acht Dampfer, drei Segler mit rund 30000 Tonnen. Die Mehrzahl der Dampfer war tiefbeladen und befand sich teils in stark gesicherten Geleitzügen, teils einzeln unter Zerstörer- und Fischdampfer-Bedeckung fahrend, auf dem Wege nach Italien beziehungsweise dem Orient. Unter den versenkten Schiffen konnte der englische Dampfer Westwales (4331 To.) mit Kohlen nach Port Said, ferner ein großer Tankdampfer und ein Dampfer von 4000 Tonnen, der, nach der heftigen Explosion zu urteilen, Munition geladen hatte, festgestellt werden. An den Erfolgen war im Besonderen der k. und k. Linienschiffsleutnant Hudeczek beteiligt. (Amtlich.)

•

300 Gramm Brotration in Frankreich. Paris, 28. Januar. Kammer. Nach Erörterung der Interpellationen über die Brotkarte, wobei besonders an dem System der gleichmäßigen Zuteilung von 300 Gramm auf den Kopf Kritik geübt wurde, führte der Minister für Lebensmittelversorgung aus: Die Einschränkungen sind notwendig infolge der ungenügenden Tonnage, die zur Verfügung steht. Es ist besser, sich einzuschränken, ehe die Vorräte erschöpft sind. Der Minister erinnerte daran, daß die Brotration von 300 Gramm weit höher sei als die in allen anderen Ländern Europas, und wenn er von Frankreich verlange, daß es sich einige Entbehrungen auferlege, so geschehe dies, um den Bundesgenossen zu beweisen, daß Frankreich Opfer bringe, um eine Gegenleistung zu erhalten. Die Kammer sprach ihm das Vertrauen aus.

•

Die Fleischrationierung in England wird wieder einmal angekündigt. Meldungen besagen: Am 25. Februar solle die Fleischrationierung auf Fleisch ausgedehnt werden. Die wöchentliche Fleischration, die bisher bei der freiwilligen Rationierung 900 Gramm betrug, solle für London auf 450 und für Kinder unter sechs Jahren auf 225 Gramm herabgesetzt werden. Das Kriegsamt habe mit einem großen Londoner Schlachthaus Vereinbarungen zur Verwertung kriegsbeschädigter Pferde für den menschlichen Genuß getroffen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180130-19/fragment/page=0001

Zur livländischen Frage.

Im Vorw. veröffentlicht Dr. Alexander Lipschütz, Riga, folgenden Aufsatz:

Aus den Vorschlägen, die Deutschland auf der Friedenskonferenz in Brest-Litowsk am 28. Dezember gemacht hat, geht hervor, daß Deutschland die Absicht hat, Kurland und Teile von Livland und Estland zu annektieren. Gegenüber den russischen Vorschlägen, die deutschen Truppen aus dem besetzten Kurland, Livland und Estland zurückzuziehen, damit das lettische Volk die Möglichkeit habe, über das zukünftige politische Schicksal des Landes zu entscheiden, stellt Deutschland sich auf den Standpunkt, daß der Volkswille in Kurland und Riga schon während der deutschen Okkupation zum Ausdruck gekommen sei.

Es ist für jeden denkenden Menschen klar, wie der „Volkswille" in einem okkupierten Lande zum Ausdruck kommen kann. Der „Volkswille" in Kuland ist auf dem „Landtag" in Mitau unter Vorsitz eines kurländischen Adeligen zum Ausdruck gebracht worden. Dieses Kunstprodukt eines „Landtags" hat sich für die Annektion Kurlands durch Deutschland ausgesprochen.

Man glaubt durch die Geschichte Liv-, Kur- und Estlands begründen zu können, daß diese drei Länder zu Deutschland gehören, daß ihre Annektion durch Deutschland nur die Vollendung ihrer organischen Entwicklung sei. Demgegenüber behaupte ich, daß die Annektion der drei baltischen Provinzen oder eines Teiles derselben eine gewaltsame Unterbrechung einer jahrhundertlangen Entwicklung wäre gegen den Willen und gegen das Interesse einer hochkultiviertem und zu nationalem Bewußtsein gelangten Bevölkerung.

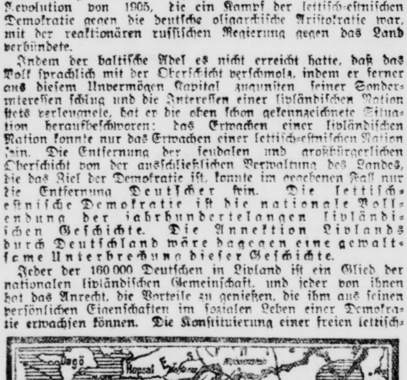
Auf den ersten Blick scheint es mit dem Deutschtum der baltischen Provinzen — oder Livlands in weiterem Sinne — sehr klar zu stehen. Livland ist die erste deutsche überseeische Kolonie, von deutschen Rittern begründet. Dem deutschen Ritter, der nach Livland zog, folgte der Kaufmann und es folgten ihm die Handwerker, die Städtebauer. Nicht aber der deutsche Landmann — und das war, vom deutsch-nationalen Standpunkt aus betrachtet, das Verhängnis. Die kolonisierende deutsche Oberschicht war natürlich sehr darauf bedacht, eine unverrückbare soziale Schranke zwischen dem freien „Herr" und dem unfreien „Knecht" aufrechtzuerhalten. Dieser Gegensatz aber wurde hier zum Gegensatz zwischen den Deutschen und dem lettisch-estnischen Volke; der soziale Gegensatz trat hier notwendigerweise auch als ein nationaler Gegensatz auf. Die erwachende Demokratie in Livland konnte nur lettisch und estnisch sein. Daß die Deutschen in der Verwaltung Livlands die Oberhand behielten, hatten sie nur der reaktionären russischen Regierung zu danken, die trotz ihrer schamlosen Russifizierungspolitik einen großen Teil der deutschen Sonderrechte in der inneren Verwaltung des Landes und der Stadt nicht antastete. Die Landtage der drei Provinzen durften trotz aller Russifizierung deutsche Adels-Versammlungen bleiben — in Riga heißt das Landtagsgebäude auch heute noch „Ritterhaus" —, die Stadträte blieben Versammlungen der deutschen Hausbesitzer. Indem die russische Revolution mit allen politischen Vorrechten des Standes und des Besitzes aufgeräumt hat, hat sie auch in Livland mit dem Deutschtum als einer bevorrechtigten politischen Macht aufgeräumt.

Aus der objektiven Tatsache, daß der deutsche Ritter und der freie deutsche Städter in Alt-Livland einem unfreien Bauer anderen, damals auch weniger kultivierten Stammes gegenüberstanden, erwuchs ein bedeutungsvolles subjektives Moment: der Mangel eines national-livländischen Empfindens bei der herrschenden deutschen Oberschicht in Livland. Im Verlaufe des ganzen Mittelalters waren in Livland dieselben antinationalen Kräfte wirksam wie in Deutschland: Ritter, Orden, Geistlichkeit und Städte befehdeten einander. Ein allgemeines Chaos von sich widerstreitenden sozialen Elementen, ohne jede nationale Richtlinie, ohne jede nationale Konsequenz. Das alles galt auch für Deutschland. Aber für Livland kam eben das subjektive Moment hinzu, das die antinationalen Kräfte in noch stärkerem Maße entfesselte. Und da das Sonderinteresse der baltischen Ritterschaft stets ausschlaggebend war, schacherte der feudale Adel mit allen mächtigen näheren oder entfernteren Nachbarn auf Kosten der anderen livländischen sozialen Schichten, sobald das dem feudalen Sonderinteresse irgendwie entsprach. Der baltische Adel lieferte Rußland bis in die jüngste Zeit die reaktionärsten Staatsmänner. Wer Livland kennt, wird leider zugeben müssen, daß die geistige Atmosphäre der livländischen Deutschen von einem geradezu schauderhaften russischen Byzantinismus erfüllt ist.

Es zieht sich durch die livländische Geschichte wie ein roter Faden eine nationale Selbstverleugnung zugunsten des feudalen Sonderinteresses. Noch in der jüngsten Zeit hat der baltische Adel das national-livländische Interesse verleugnet, indem er sich während der Revolution von 1905, die ein Kampf der lettisch-estnischen Demokratie gegen die deutsche oligarchische Aristokratie war, mit der reaktionären russischen Regierung gegen das Land verbündete.

Indem der baltische Adel es nicht erreicht hatte, daß das Volk sprachlich mit der Oberschicht verschmolz, indem er ferner aus diesem Unvermögen Kapital zugunsten seiner Sonderinteressen schlug und die Interessen einer livländischen Nation stets verleugnete, hat er die oben schon gekennzeichnete Situation heraufbeschworen: das Erwachen einer livländischen Nation konnte nur das Erwachen einer lettisch-estnischen Nation sein. Die Entfernung der feudalen und großbürgerlichen Oberschicht von der ausschließlichen Verwaltung des Landes, die das Ziel der Demokratie ist, konnte im gegebenen Fall nur die Entfernung Deutscher sein. Die lettisch-estnische Demokratie ist die nationale Vollendung der jahrhundertelangen livländischen Geschichte. Die Annektion Livlands durch Deutschland wäre dagegen eine gewaltsame Unterbrechung dieser Geschichte.

Jeder der 160 000 Deutschen in Livland ist ein Glied der nationalen livländischen Gemeinschaft, und jeder von ihnen hat das Anrecht, die Vorteile zu genießen, die ihm aus seinen persönlichen Eigenschaften im sozialen Leben einer Demokratie erwachsen können. Die Konstituierung einer freien lettisch-estnischen Demokratie bedeutet nicht die Unterdrückung der deutschen Livländer, sondern die Ausmerzung der Vorrechte der feudalen Herren und der Großbourgeoisie.



Livland

Wir haben das herrliche Beispiel der demokratischen Schweiz vor Augen, in der Deutsche, Franzosen und Italiener friedlich beisammen leben. Wie die 7 Prozent Tessiner Italiener ihr Recht gegenüber den 70 Prozent deutschsprechenden Schweizer finden, so werden es auch die 7 Prozent deutscher Livländer gegenüber den 85 Prozent Letten und Esten in der livländischen Demokratie finden. Eine Demokratie kann nicht die Rechte irgendeiner Gruppe schmälern, wenn sie nicht den Ast absägen will, auf dem sie sitzt.

Die Hoffnungen der lettischen und estnischen Demokratie haben sich durch die russische Revolution erfüllt. Früher, solange das zaristische Rußland noch bestand, konnte man sich fragen, ob es nicht das Richtigste wäre, eine Lostrennung der baltischen Provinzen von Rußland und ihre Umwandlung in einen lettisch-estnischen Pufferstaat zu erstreben. Jetzt, wo die Revolution den Zarismus hinweggeräumt hat, kann von einer Lösung der Frage im Sinne eines Pufferstaates keine Rede mehr sein. Es liegt im Interesse sowohl der lettisch-estnischen Demokratie, daß Liv-, Kur- und Estland bei Rußland bleiben.

Die junge russische Demokratie will mit dem deutschen Volke in dauerndem Frieden leben. Aber dieser dauernde Friede wird nur möglich sein, wenn das offizielle Deutschland darauf verzichten wird, Rußland um eine seiner wichtigsten Existenzbedingungen, d. h. um die baltischen Provinzen zu bringen. Die Annektion dieser Provinzen wäre nur die Einleitung zu weiteren Kriegen.

Auch die kleine lettisch-estnische Demokratie wünscht den Frieden, um alle ihre Kraft dem Wiederaufbau ihres Landes, dem Neubau ihres nationalen Lebens widmen zu können. Jeder Deutsch-Livländer, der im Rahmen der lettisch-estnischen Demokratie seine Kräfte dem engeren Vaterlande leihen will, wird willkommen sein. . . . Aber jetzt ist Riga nicht frei. Riga ist so wenig deutsch, wie Zürich und Schaffhausen deutsch sind; und Riga ist so wenig „trunken vor Jubel", wie Zürich und Schaffhausen es wären, wenn dort nicht die eidgenössische Demokratie, sondern deutsche Truppen die Macht in der Hand hätten.

Ein gewagtes Spiel.

Man wird der Bedeutung des Kampfes um das gleiche Wahlrecht in Preußen, dessen erster Akt durch den Beschluß der Verfassungskommission, zunächst die Vorlage über die Zusammensetzung des Herrenhauses zu beraten, beendet ist, nicht voll gerecht, wenn man ihn als einen Kampf zwischen Krone und Junkertum bezeichnet, zwischen der Krone, die dem Volke ein Zeichen ihres Vertrauens, das gleiche Wahlrecht geben will, und den Junkern nebst Anhang, die sich als Hüter der Kronrechte aufspielen. In Wirklichkeit handelt es sich darum, ob das alte Preußen, das so sehr zur Minderung unseres Ansehens in der Welt beigetragen hat, in die neue Zeit mit hinüber genommen oder ob an seiner Stelle ein modernes Staatswesen errichtet werden soll.

Versetzen wir uns in die Seele der Konservativen, so haben wir volles Verständnis für die Zähigkeit und Energie, mit der sie die Einführung des gleichen Wahlrechts Widerstand leisten. Sie sehen, daß es ums Ganze geht, der Zusammenbruch des Dreiklassen-Wahlsystems bedeutet den Zusammenbruch ihrer Macht und damit den Untergang des alten Preußen, das sich seit Jahrzehnten als festestes Bollwerk der Reaktion in Deutschland erwiesen hat. Wie August Bebel einmal gesagt hat: „Haben wir Preußen, so haben wir alles," so sagen sich die Junker: Haben wir Preußen verloren, so haben wir alles verloren, sind unsere festen Stellungen in Preußen eingerannt, so ist es mit unserer Herrschaft zu Ende. So kämpfen sie um die Aufrechterhaltung der Herrschaft ihrer Klasse, und sie kämpfen diesen Kampf mit der ganzen Rücksichtslosigkeit, die sie von jeher ausgezeichnet hat.

Die Gegner des gleichen Wahlrechts wissen, was sie wollen, sie schauen nicht nach rechts und nicht nach links, sondern richten den Blick geradeaus auf das ihnen vor Augen schwebende Ziel. In dieser Beziehung können die anderen Klassen der Gesellschaft von ihnen lernen. Zwar hat der König von Preußen selbst in feierlichster Form die Notwendigkeit der Wahlrechtsreform anerkannt; den preußischen Junkern ist das gleichgültig, das Zugeständnis ist ihm „abgepreßt" und als getreue Eckehardts stellen sie sich schützend um die Krone, die in Unkenntnis der Folgen eines solchen Vorgehens die Rechte preisgibt. Und wie kanzeln sie erst die Minister ab, die sich berufen und verpflichtet fühlen, die königliche Botschaft in die Tat umzusetzen! Deutlich gibt man ihnen zu verstehen, daß sie gegen ihre innere Ueberzeugung handeln, daß sie keinen eigenen Willen haben, sondern bloße Handlanger sind, die gehorsam die ihnen von höherer Stelle erteilten Aufträge ausführen.

In mehr als einer Hinsicht ist die viertägige Generaldebatte in der Kommission lehrreich, und wenn wir auch bedauern, daß durch dies überflüssige Gerede soviel kostbare Zeit verloren gegangen ist, so können wir auf der anderen Seite die Bereicherung unserer Kenntnisse über das Wesen des preußischen Junkertums als Gewinn buchen. Die preußischen Junker und ihr Anhang haben aus dem Kriege nichts gelernt, spurlos ist das gewaltige Wehen einer neuen Zeit an ihnen vorübergegangen; ihnen, die sich zum Herrschen berufen fühlen, ist die elerste Kunst eines jeden Herrschers, den Forderungen und Bedürfnissen der Zeit gerecht zu werden, fremd geblieben. Was kümmert sie die Wünsche des Volkes, was gilt ihnen die Rücksicht auf das Ausland! Ihr eigener Wille ist ihnen höchstes Gesetz, mag darüber die Welt in Trümmer gehen.

Ein so frevelhaftes Spiel mit dem Volke, wie es die preußischen Konservativen treiben, kann sich nur der erlauben, der seiner Sache sicher ist, oder der in seiner Verzweiflung alles auf eine Karte setzt. Daß sie ihrer Sache sicher sind, wird man trotz allen Getues nicht glauben können, denn durch alle ihre Reden dringt der Unterton hindurch, daß sie den Boden unter den Füßen schwinden sehen, daß sie das Ende ihrer Herrschaft nahe fühlen. So bleibt nur die Annahme, daß sie einen Verzweiflungskampf führen. Ob sie ihn verlieren, ob sie siegreich daraus hervorgehen werden, das wird nicht zuletzt von der deutschen Arbeiterklasse abhängen.

Daß das Dreiklassenwahlsystem unhaltbar geworden ist, diese Erkenntnis dämmert allmählich auch den reaktionären Parteien des preußischen Abgeordnetenhauses. Aber mit halben Reformen, mit Flickwerk, ist jetzt nichts mehr zu machen, dazu ist es zu spät, jetzt gilt es, ganze Arbeit zu verrichten. Ein wie immer geartetes Pluralwahlrecht empfindet das Volk genau so als unrecht, wie das Dreiklassenwahlsystem, ganz zu schweigen von einem Wahlsystem auf berufsständischer Grundlage, das denn doch allzusehr an mittelalterliche Zeiten erinnert. Wir berufen uns nicht auf die Worte der Osterbotschaft, daß nach dem gewaltigen Erleben dieses Krieges für ein Klassenwahlrecht kein Raum mehr ist, nein, auch ohne den Krieg war das elendeste aller Wahlsysteme längst gerichtet.

Viel zu lange hat die Sozialdemokratie dem preußischen Problem teilnahmslos gegenübergestanden, erst verhältnismäßig spät hat sich die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Eroberung der Macht in Preußen Bahn gebrochen, und der Wahlrechtskampf, der dann mit elementarer Gewalt einsetzte, ist bald wieder abgeflaut, durch unsere eigene Schuld. Wohl sind die Massen, der Aufforderung der Führer folgend, auf die Straße gegangen, um für das allgemeine und gleiche Wahlrecht zu demonstrieren, wohl haben sie sich auch durch blutige Zusammenstöße mit der Polizei nicht von ihrer Forderung abhalten lassen, aber der Eindruck auf die herrschenden Kreise ist gering geblieben, die fortgesetzten Drohungen mit schärferen Mitteln verfehlten ihren Zweck, weil hinter den Worten nicht die Tat stand. Mit Versammlungs-Resolutionen allein, und mögen sie noch so voll gespickt sein mit schönen Phrasen, erringt man keine politische Macht.

Heute ist die Situation anders als vor dem Kriege. Waren damals Regierung und Landtagsmehrheit entschlossen, dem Volke sein Recht vorzuenthalten, erfreuten sich damals die Wahlrechtsfeinde der liebevollsten Unterstützung der Staatsgewalt vom Minister bis herab zum Landgendarm, so stehen sie heute in Opposition gegen die Regierung. Ueberflüssig ist es, zu sagen, daß das Proletariat die Regierung nicht um Unterstützung angeht, aber erleichtert wird ihm sein Kampf dadurch, daß es nur noch einen Gegner gegen sich hat und diese veränderte Konstellation gilt es auszunutzen.

Durch das Gebaren der Junker in der Kommission, das in der liebevollsten Weise von den nationalliberalen Vertretern der Schwerindustrie gefördert wurde, hat die Wahlrechtsbewegung neue Nahrung erhalten. Wenn sich das Volk auch nur noch einen Teil seiner revolutionären Energie bewahrt hat, dann muß es sich im gerechten Zorn aufbäumen gegen seine Feinde, die ein solches Spiel mit seinen heiligsten Gütern treiben, die zu dem Spott auch noch den Hohn fügen und sich kalten Blutes über seine berechtigten Wünsche hinwegsetzen. Die Empörung über das Verhalten der Wahlrechtsfeinde beschränkt sich nicht auf die sozialdemokratisch gesinnte Arbeiterschaft und auch nicht auf die Arbeiter allein, sondern sie ist bis weit in die Reihen des Mittelstandes, ja der besitzenden Kreise gedrungen. Kennzeichnend ist der Ausspruch eines dem Zentrum angehörenden Arbeiterführers in der Kommission, wenn dem Volke jetzt nicht das gleiche Wahlrecht zuteil werde, den Glauben daran, daß es dieses nach dem Kriege erhalten werde, habe es längst verloren.

Wenn irgend etwas, so haben die Verhandlungen der Verfassungskommission dem Volke die Augen geöffnet und damit den Wahlrechtskampf aufs neue entfacht. Welche Formen er annehmen wird, welcher Mittel sich das entrechtete preußische Volk bedienen wird, um ans Ziel zu gelangen, das hängt von seinen Gegnern ab. Die preußischen Junker wissen, daß sie ein gewagtes Spiel treiben; möglich, daß sie es wollen, daß sie es darauf abgesehen haben, das Volk bis aufs Blut zu reizen, um dann aus irgendwelchen übereilten Schritten, zu denen es sich durch unverantwortliche Personen hinreißen läßt, Kapital für sich zu schlagen. Diesen Gefallen wird ihnen die deutsche Arbeiterklasse nicht tun, aber andererseits wird sie auch nicht Gewehr bei Fuß stehen und jeden Faustschlag geduldig hinnehmen. Noch sind die Kampfmittel des Proletariats nicht erschöpft.

Das Volk nimmt den Fehdehandschuh, den ihm die Junker hingeworfen haben, auf. Es wird den Kampf für das gleiche Wahlrecht führen und nicht eher ruhen, als bis das Vorrecht der Junker gebrochen ist.

Verschleppung und Verschlimmerung.

Seit Freitag tagt nun die Wahlrechtskommission des preußischen Dreiklassenhauses wieder, doch vereinigen sich in ihr die Elemente, die auf eine Verschleppung und Vereitelung der Reform drängen, zu kräftigem Tun. Schon der Beginn brachte eine stundenlange Geschäftsordnungsdebatte darüber, wann und wie man zu tagen gedenkt. Ursprünglich plante die Rechte, die Verfassungskommission umschichtig mit der Haushaltskommission tagen zu lassen, also höchstens dreimal in der Woche. Als man damit nicht durchdrang, stritt man sich langwierig darüber, ob man drei oder vier Tage wöchentlich sitzen wolle und an welchen Tagen. Die Konservativen meinten, drei Sitzungstage seien genug, da man zwischendurch ausreichende Zeit für vorbereitende Arbeiten — man dachte wohl an Vorbereitung auf lange Obstruktionsreden und allerhand zeitraubende Vexieranträge — haben müsse. Schließlich einigte man sich auf vier Sitzungstage pro Woche. Der „Arbeitseifer" der Mehrheitsparteien verriet sich schließlich auch in dem Beschluß, bereits am folgenden letzten Sonnabend die Sitzung ausfallen zu lassen. Man müsse doch den Kaisersgeburtstag feiern! Und als die Linke da von einer Verschleppungspolitik zu reden wagte, verbat sich Herr Kreth höchst brüsk solche Verdächtigungen und „Treibereien". Man werde zur Beratung selbstverständlich langer Zeit bedürfen; kein „vernünftiger Mensch" werde sich doch wohl einbilden, daß die Kommission etwa bis zum Wiederzusammentritt des Plenums am 26. Februar fertig sein werde!

Das war das Vorspiel. Als man endlich in die Beratung selbst eintrat, erlebte man noch seltsamere Dinge.

Der § 1 bestimmt das Berufungsrecht des Königs. Da verlangten die Reaktionäre, daß der Kronprinz unbedingt dem Herrenhause angehören müsse. Sie glauben, den jeweils künftigen Kronenträger da in gute politische Gesinnungskultur nehmen zu können. Schließlich wurde die Abstimmung über den § 1 bis auf weiteres ausgesetzt und zur Erörterung des § 2 übergegangen.

Hierbei geschah nun vollends etwas Ungeheuerliches. Trotzdem der § 3 des Entwurfs den reichsständischen Häusern, sowie den sonstigen Fürsten, Grafen und Herren nicht weniger als 60 auf Lebenszeit berufene Vertreter sichern will, genügte dies Maß von Privilegierung der höchsten Standesherren dem Zentrum noch nicht! Sechs dieser acht Kommissionsmitglieder stellten vielmehr den Antrag, daß außerdem den ehemaligen Reichsunmittelbaren eine weitere Vertretung von mindestens 11 Vertretern eingeräumt werde. Die Junker können sich ins Fäustchen lachen — hier haben sie wieder Stoff zu den unabsehbarsten Obstruktionsdebatten. Denn nun disputierten die zahlreichen Juristen der Kommission über Rechtsfragen, und so können sich die Verhandlungen dehnen, wie die Prozesse des seligen Reichskammergerichts!

Aber davon ganz abgesehen: ist es nicht ein unerhörter Vorgang, daß die Zentrumspartei es wagen darf, ihre Tätigkeit für die Wahlreform damit zu beginnen, daß sie noch über die Regierungsvorlage hinaus für die Erhaltung und Erweiterung der krassesten Standesprivilegien fürstlicher Häuser eintritt?!

Während in der ganzen Welt draußen überall den Volksmassen neue demokratische Rechte eingeräumt werden, während in Rußland, England und Amerika sogar die Frauen das gleiche Wahlrecht erhalten, ist in Preußen die Wahlrechtskommission mit zäher Rücksichtslosigkeit am Werke, selbst die kümmerlichen Fundamente einer Wahlreform zu ersticken, die selbst die Krone und die Regierung in Gestalt ihrer Vorlage gelegt hatten.

Das erregt auch die Galle des Vorwärts. Er meint: „Während das Volk mit höchster Energie seine Gleichberechtigung im Staate fordert, spinnt die Kommission endlose Debatten über die Rechte — — der Fürsten und Prinzen auf Vertretung im Herrenhaus, für dessen „Reform" die Durchberatung der Wahlrechtsvorlage ja um mehrere Monate hinausgezögert werden mußte! Soll man lachen oder weinen, wenn man liest, daß am gleichen Tag, an dem Hunderttausende von Arbeitern die Fabriken verließen, folgende Haupt- und Staatsfragen in der Dreiklassenhauskommission breitgetreten wurden:

Ob der Kronprinz ohne weiteres Mitglied des Herrenhauses sein solle? —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180130-19/fragment/page=0002

Ob den übrigen Prinzen des königlichen Hauses die lebenslängliche Mitgliedschaft gebühre? —
Ob diese auch dem Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen zuzubilligen sei?
Und dito den Anno 1866 depossedierten Fürstenhäusern sowie dem Herzog von Schleswig-Holstein-Augustenburg?
Ob man den gleichen Trost den Reichsständischen Fürstenhäusern gewähren solle, die schon bei dem großen Auskehren von 1803 ihre Miniaturländchen verloren?
So geht es weiter. Man kommt zu den „Lebenslänglichen": 24 Vertreter der Fürsten, Grafen und Herren, 10 Vertreter der vormals reichsständischen Familien! Weiter zu den „Präsentierten": 3 Dutzend Vertreter des alten und gefestigten Großgrundbesitzes, 3 Dutzend Vertreter der Großindustrie und des Großhandels! Und so fort! Nur vom Volke, vom Volke ist mit keinem Sterbenswörtchen die Rede."

•

Am Dienstag gingen die breiten Verhandlungen weiter. Man stritt sich, welche Gruppen im Herrenhause vertreten sein sollen. Dabei beantragte das sozialdemokratische Mitglied Hirsch, daß auch — — 111 Arbeitervertreter ins Herrenhaus berufen werden sollen. Der Antrag erregte natürlich die Spottlust der Bürgerlichen, und mit Recht. Denn wirklich sozialdemokratische Arbeitervertreter (unabhängige!) können nur in eine gewählte Volksvertretung eintreten, nicht in ein geborenes und berufenes Herren-Haus.

Soziale Revolution in Finnland.

In Finnland gehen ungeheure innere Umwälzungen vor sich. Schwere Kämpfe sind entbrannt, die sich im Grunde genommen um die Herrschaft der beiden Klassen: Besitzende und Proletarier drehen. Nachdem in Rußland die Arbeiterklasse die Macht ergriffen hatte, erwachten auch die proletarischen Kräfte in Finnland. Die Meldungen, die jetzt aus Finnland kommen, sind alle bürgerlichen Ursprungs und deshalb — bewußt und unbewußt — im Sinne der besitzenden Klassen und ihrer Staats- und Wirtschaftsordnung abgefaßt. Das darf man nie vergessen!

Stockholm, 29. Januar. In Finnland ist die Revolution des Proletariats ausgerufen worden. Der sozialdemokratische Ausschuß hat am Sonntag abend eine revolutionäre Erklärung veröffentlicht, in der er ankündigt, daß die Welt ausschließlich der Arbeiterklasse und ihren Organisationen gehöre. Von den Zeitungen erscheint nur noch die der Roten Garde. Viele Rote Gardisten sind nach Petersburg abgereist, um dort Waffennachschub zu erhalten.

Ein Telegramm aus Haparanda besagt, daß der finnländische Senat von den Revolutionären in Helsingfors gestürzt worden sei. Der neuernannte schwedische Gesandte sei nach Tornea geflüchtet und nach Stockholm unterwegs.

Haparanda, 29. Januar. Seit gestern ist ganz Südfinnland **bis Hammersford in den Händen der Roten Garde**, die von russischen Soldaten unterstützt werden. Das Telegraphenamt und andere öffentliche Gebäude in Helsingfors sind von der Roten Garde besetzt, die den Senat für abgesetzt erklärten und die Bolschewiki als Herren der Regierung ausriefen. Das Gerücht über die Verhaftung von Mitgliedern des Senats ist nicht bestätigt. In Nordfinnland gelang es der bürgerlichen Regierung, die Roten Garden in Schach zu halten. Es herrscht dort verhältnismäßige Ruhe.

Stockholm, 29. Januar. Wie die hiesige finnische Gesandtschaft erfuhr, hat der finnische Senat Helsingfors verlassen und sich an einen unbekannten Ort begeben, um dort seine Arbeiten fortsetzen zu können. Die Stadt ist von den russischen Truppen besetzt worden. Zum Oberbefehlshaber der bürgerlichen Schutztruppen wurde General der Kavallerie Baron Mannerheim ernannt.

Stockholm, 29. Januar. **Der allgemeine Ausstand hat in Helsingfors am Montag begonnen.** Der Hauptausschuß der Arbeiter hat den Belagerungszustand verhängt und das Tragen von Waffen außer für die Rote Garde verboten. Gegenrevolutionäre Handlungen und Plünderungen werden nach der ganzen Strenge der revolutionären Gesetze bestraft werden. Nach einer späteren Meldung ist heute der allgemeine Ausstand erklärt worden, außer in den Werken für Elektrizität und Gas, sowie in Apotheken, Krankenhäusern und Lebensmittelgeschäften. Die Ordnung wird von der Roten Garde und Miliz aufrechterhalten. Die staatlichen Einrichtungen befinden sich in den Händen der Roten Garde.

Stockholm, 29. Januar. Der Streik in Helsingfors dauert an. Rote Garden beschossen gestern mit Maschinengewehren einige Häuser im Mittelpunkt der Stadt. Es gab aber nur wenig Tote und Verwundete. Die Nacht war ruhig. Die Eisenbahnbrücke von Torajoki und Karisalmi wurde gesprengt. Schutzkorps mit 20 Maschinengewehren und Tausenden von Gewehren marschieren südwestlich gegen Helsingfors. — Die Not und der Hunger seien im ganzen Lande groß.

Politische Uebersicht.

Nun werden wir fortschrittlich regiert!

Aus Berlin wird gemeldet: Der Vizekanzler Wirkl. Geh. Rat von Payer trifft, von seiner Krankheit völlig wiederhergestellt, am 31. Januar in Berlin ein und wird schon in den nächsten Tagen die Geschäfte seines Amtes übernehmen.

v. Payer ist der Führer der Fortschrittler, er kann also nicht anders als fortschrittlich regieren. Bekanntlich stellte bei der letzten Regierungskrise die Scheidemannfraktion das Ultimatum an Hertling, er müsse einen Fortschrittler als Vizekanzler in die Regierung aufnehmen, sonst würde die regierungssozialistische Fraktion aus dem Block der Mehrheitsparteien, der das Rückgrat und die einzige zuverlässige Stütze der Regierung sei, austreten und der Regierung Opposition machen. Das half. Graf Hertling nahm Herrn v. Payer als Vizekanzler in die Regierung auf, so daß die Demokratisierung Deutschlands, wie die fortschrittlichen und regierungssozialistischen Organe feststellen, um einen „wichtigen Schritt" fortgeschritten war. Daß das Volk davon noch nichts merkte, lag nur an einem dummen, ärgerlichen Zufall. Herr v. Payer war nämlich krank, das Zipperlein soll ihn geplagt haben. Nun ist er Gott sei Dank gesund und frisch und tritt sein Amt am 1. Februar an.

Vom 1. Februar 1918 an wird das deutsche Volk fortschrittlich regiert ...

Laßt Frauen in die Gemeindeverwaltung!

Aus Dresden wird gemeldet: Die Zweite sächsische Kammer nahm einstimmig einen fortschrittlichen Antrag an, der die Regierung ersucht, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Frauen zur Gemeindeverwaltung mit beschließender Stimme zugelassen werden. Die Regierung sprach sich dazu ziemlich ablehnend aus.

Kleine politische Nachrichten.

Zur Baustoffbeschaffung von Wohnungen nach dem Kriege. In einer vom Reichswirtschaftsamt einberufenen Sitzung, zu der auch die Vertreter der Interessenten geladen waren, wurde heute die Frage der Beschaffung von Baustoffen behandelt, um den für die Uebergangszeit nötigen Wohnungsbau sicherzustellen. Besonders wurde die Möglichkeit der Verwertung der von der Militärverwaltung freigegebenen Mengen und der Steigerung der Erzeugung von Ziegeln, Holz, Baueisen und Zement besprochen. Es wurde festgestellt, daß, wenn auch einer straffen Bewirtschaftung der nötigen Stoffe nach dem Kriege nicht das Wort geredet werden wolle, doch die Schaffung dezentralisierter Organisationen mit zentraler Spitze zur Regelung des Absatzes voraussichtlich wünschenswert sei. Die Frage wird durch das Reichswirtschaftsamt weiter geprüft werden.

Kriegsbeihilfen an preußische Militärbeamte und Offiziere. Berlin, 29. Januar. Entsprechend den Grundsätzen für die Gewährung von Kriegsbeihilfen aus Anlaß der Teuerung an die Zivilbeamten im Ruhestande und ihre Hinterbliebenen werden jetzt auch den pensionierten Beamten der Heeresverwaltung und ihren Hinterbliebenen Kriegsbeihilfen gezahlt. Auch die pensionierten Offiziere und die Rentenempfänger und ihre Witwen und Waisen können ebenfalls mit laufenden und einmaligen Kriegsbeihilfen bedacht werden, für deren Bewilligung bei Offizieren usw. das Kriegsministerium, bei Rentenempfängern usw. das örtlich zuständige Stellvertretende Generalkommando in Frage kommt.

Ums tägliche Brot.

Die Lage der Ernährungswirtschaft.

Aus Dresden wird gemeldet: Der Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt, von Braun, hielt in Dresden einen Vortrag über die Lage unserer Ernährungswirtschaft. Er betonte, daß die Vorschriften von Anfang an nicht auf so lange Zeit berechnet gewesen seien. Sie hätten sich abnutzen müssen, weil sie in zu schroffem Gegensatz zu den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Einzelnen ständen. Dagegen nütze auch noch schärfere Strafdrohung nicht, schon deshalb nicht, weil sie nicht verwirklicht werde, da jeder Richter sich selbst nicht frei von Schuld und Fehl weiß. Man müsse also neue Wege suchen, diese könnten aber nicht darin bestehen, daß man alles auf den Kopf stelle. Deshalb sei die Wiedereinsetzung des freien Handels unmöglich, denn er würde die Preise so hoch treiben, daß ein Teil der Bevölkerung, besonders Mittelstand und Festbesoldete, sie nicht mehr zahlen könnten. (Und die Arbeiter? Dachte Herr v. Braun nicht auch an sie? Red.) Auch Reichszuschüsse für die Minderbemittelten, die man als Abhilfe empfohlen hatte, seien unmöglich wegen des Bedarfs; dieser würde hoch in die Milliarden gehen. Man müsse also im allgemeinen bei dem jetzigen System bleiben.

Ueber die gegenwärtige Lage teilte der Redner folgendes mit: **Mit Brotgetreide werden wir schlecht und recht auskommen.** Der Frühdrusch hat uns 1917 über den schwierigsten Zeitraum hinweggebracht, er wird in diesem Jahre wiederholt werden. Ob wieder eine zeitweise Kürzung der Brotration eintreten muß, kann man noch nicht klar übersehen. Gegebenenfalls muß Ausgleich erfolgen durch erhöhte Zuweisung anderer Lebensmittel. Die Herstellung von Nährmitteln aus Gerste und Hafer wird eingeschränkt werden müssen, weil außer der schlechten Ernte die ausreichende Belieferung der Fabriken mit Rohstoffen und Kohle auch nicht mehr gewährleistet ist. Die Kartoffelversorgung für den Winter ist gesichert. Auch für die Zeit nach dem Monate April werden ausreichend Kartoffeln vorhanden sein, um die jetzige Ration aufrechtzuerhalten und das Material für die Brotstreckung zu liefern. Wenig aussichtsvoll ist die Versorgung mit Milch und Butter. Auch Fett wird es nicht mehr viel geben. Die jetzige Fleischration wird für die nächste Zeit ebenfalls noch aufrechterhalten werden können. Zum Schluß fordert der Redner die Landwirte auf, alles zu tun, um die Erzeugung zu steigern und alles, was sie nicht selbst unbedingt brauchen, an die Städte abzuliefern, damit diese durchhalten können.

•

Ueber die Ausfuhr aus den besetzten Gebieten Rumäniens und Italiens wird offiziös erklärt: Aus Italien kommt eine Ausfuhr von Lebens- und Futtermitteln überhaupt nicht in Betracht, da die dort vorhandenen Vorräte nicht einmal mehr zur Ernährung der italienischen Bevölkerung ausreichen. Aus Rumänien haben seit der Besetzung des Landes bis zum heutigen Tage Deutschland 630 000 Tonnen, Oesterreich-Ungarn 756 000 Tonnen Getreide einschließlich Mais erhalten. Zur richtigen Beurteilung dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, daß das Verhältnis der Einwohnerzahl zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn 7 : 5 beträgt, und daß im Frieden Deutschland 5½ Millionen Tonnen Getreide einschließlich Mais einführen muß, während Oesterreich-Ungarn eine nennenswerte Einfuhr in diesen Dingen überhaupt nicht hat. Die übrigen Rohstoffe und Landeserzeugnisse der besetzten rumänischen und italienischen Gebiete sind zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn nach dem Grundsatz geteilt, daß jeder Staat dasjenige erhält, was er am nötigsten braucht.

Aus der Provinz.

Das ländliche Genossenschaftswesen nach dem Kriege.

Für die Zeit nach dem Kriege stehen den ländlichen Genossenschaften große Aufgaben im Gebiete der Lebensmittelversorgung bevor. Ein genauer Kenner der Verhältnisse macht dazu im Landwirtschaftlichen Genossenschaftsblatte folgende treffende Ausführungen: „Es handelt sich besonders um zwei wichtige Aufgaben. Da ist einmal der örtliche Ausbau in der Richtung, daß schließlich ein jedes Dorf seine Genossenschaft hat. Will die Landwirtschaft den ihr gebührenden Einfluß im deutschen Wirtschaftsleben behalten, so muß auch sie sich zusammenschließen, fester denn je, und diese die wirtschaftliche Lage der Landwirte sichernde und fördernde Aufgabe fällt dem Genossenschaftswesen als dem wirtschaftlichen Zusammenschlusse der einzelnen zu. In jedem Dorfe muß eine Genossenschaft vorhanden sein, die jedem Landwirte den Beitritt ermöglicht, die Ueberschüsse seines Betriebes an Geld und Erzeugnissen sammelt und dahin leitet, wo sie die bestmögliche Verwendung im Interesse der Landwirtschaft und nicht fremder Kreise finden: das Geld in die genossenschaftlichen Zentralkassen, um kreditbedürftigen Landwirten zur Hand zu sein, die Lebensmittel direkt zum Konsumenten in die Städte ohne unnötige Verteuerung durch den Zwischenhandel. Das ist die eine große Aufgabe, die Gründung von Genossenschaften in jedem Dorf, an die nachhaltig erst nach Friedensschluß, wenn die Krieger heimgekehrt sind, herangetreten werden kann.

Die andere Aufgabe aber ist gerade jetzt noch im Kriege von größter Bedeutung, das ist die Hochhaltung der sittlichen Idee des Genossenschaftsgedankens in dieser Zeit des Niedergangs der Wirtschaftsmoral. Die bedenklichsten Auswüchse hat das immer weitergreifende Zwangssystem der öffentlichen Bewirtschaftung gezeitigt. Der Wucher ist beinahe zur Verkehrssitte geworden; ein heimlicher Schleich- und Tauschhandel hat sich entwickelt, dessen Organisation in mancher Hinsicht als vollkommener bezeichnet wird als die öffentliche Zwangswirtschaft. In diesen Tagen, in denen das deutsche Volk sein größtes Schicksal erlebt, häufen sich bei den Gerichten die Anzeigen wegen Kriegswuchers, Bestechungen, Diebstähle wie nie in Friedenszeiten. Die Prozesse können kaum noch bewältigt werden. Der Respekt vor dem Gesetz ist ins Wanken geraten. Wo soll das hinführen? Es ist nicht so, daß mit der Wiederkehr geordneter Friedenszustände sich alles von selbst wieder auf den rechten Weg finden wird; wenn diese Uebel weiterwuchern, gelangen wir zu einer Unkultur und Unmoral, daß unsere heimkehrenden Krieger Schrecken und Enttäuschung erleben werden. Strafgesetze werden kaum eine Besserung herbeiführen. Die Umkehr muß vom einzelnen ausgehen. Ein jeder muß seinen Mitmenschen ein Beispiel geben. Hier einzusetzen ist eine der hehrsten und ernstesten Aufgaben unserer Genossenschaften und ihrer Leiter."

In diesen Sätzen kommt die wirtschaftliche und die sittliche Seite des Genossenschaftswesens recht deutlich zum Ausdruck. Die Genossenschaften sollen ihren Mitgliedern materielle Vorteile bringen, und sie sollen sie andererseits auch mit dem Geiste des Solidarismus erfüllen. Das eine verträgt sich sehr wohl mit dem andern. Während des Krieges ist das Mißverhältnis zwischen Erzeugern und Verbrauchern auf die Spitze getrieben, und das Verhältnis ist geradezu unerträglich geworden. Die Konsumgenossenschaftliche Korrespondenz hofft, daß es den ländlichen Genossenschaften in der künftigen Friedenszeit gelingen möge, das Erzeugerinteresse mit dem Verbraucherinteresse in Einklang zu bringen."

Die während des Krieges mit den Erzeugern landwirtschaftlicher Produkte gemachten Erfahrungen scheinen uns kaum zu dieser Hoffnung zu berechtigen. . . .

Merseburg. Die Beschaffung von Möbeln für Kriegsgetraute beschäftigte u. a. auch die letzte Stadtverordnetensitzung. Berichterstatter Stadtv. Kohl empfahl Annahme und Bewilligung der Summe von 10 000 Mk. In der sich anschließenden Besprechung fragte Stadtv.-Vorsteher Bothe an, ob die Unterstützung der kriegsgetrauten Ehepaare in Form von Darlehen oder als Geschenk aufzufassen sei. Bürgermeister Dr. Mosebach erläuterte die Vorlage dahin, daß die Stadt versuchen will, vor allem gebrauchte Möbel aufzukaufen, um diese dann den jungen Ehepaaren bei Gründung des Hausstandes nach Friedensschluß zum Selbstkostenpreise zur Verfügung zu stellen. Die Abgabe soll gegen Barzahlung erfolgen, eventl. auch gegen Stundung des Betrages. Stadtv. Langer war mit der Vorlage nicht einverstanden, denn alte Möbel sind jetzt auch sehr teuer. Nur neue Möbel zu beschaffen, ist auch nicht ratsam, da man die Wünsche nicht kenne. Das ganze Problem ist überhaupt sehr schwierig und bedarf eingehendster Prüfung. Vor allem ist festzustellen, auf welche Möbel man sich überhaupt versteifen wolle. Viel wichtiger ist hierbei, endlich die Wohnungsfrage zu berücksichtigen. Denn wenn keine Wohnungen da sind, kann auch keine Gründung von selbständigen Haushalten stattfinden. Diese Frage zu lösen, sollte die Stadtverwaltung sich in erster Linie bemühen. Stadtv.-Vorsteher Bothe bemerkte, daß die Beschaffung von Möbeln einer Förderung seitens der Stadt wert sei, da voraussichtlich lange Zeit nach Kriegsschluß Möbel nicht zu erhalten sein werden. Auch der Lösung der Wohnungsfrage müsse hier ernstlich nähergetreten werden. Stadtv. Höpke vertrat den Standpunkt, daß den jungen Ehepaaren mit alten Möbeln wenig gedient sei. Dagegen ist die Tischler-Innung bereit, zur Förderung der Angelegenheit neue einfache Möbeln herzustellen, und zwar so, daß sie in kurzer Zeit lieferbar sind. So habe die Innung beschlossen. Bürgermeister Dr. Mosebach gab die Erklärung ab, daß der Magistrat glaubte, sich nicht der Verpflichtung entziehen zu können, diese Fürsorgetätigkeit für unsere heimkehrenden Krieger kräftig zu unterstützen und beantragte deshalb die vorgesehenen 10 000 Mk. Erster Bürgermeister Hertzog faßte die Meinung der Versammlung dahin zusammen, daß die Stadtverordneten die Bereitstellung von Mitteln nicht nur zum Ankauf von alten Möbeln gutheißen, sondern auch zur Anschaffung von neuen Möbeln. Der Magistrat kann diesen weitergehenden Standpunkt nur begrüßen und wird mit der Tischler-Innung in Fühlung treten. Die Stadtverordneten sahen daraufhin von einer weiteren Stellung von Anträgen ab und stimmten der Magistratsvorlage zu.

Zur Wohnungsfrage empfahl Stadtv.-Vorsteher Bothe die Einsetzung einer vorbereitenden Kommission. Hierzu erklärte Erster Bürgermeister Hertzog, daß diese Frage andauernder Gegenstand der Beratungen und der Fürsorge des Magistrats sei. Fortgesetzt erhalte der Magistrat die Anweisung von den oberen Behörden, für Wohnungen zu sorgen, aber das Generalkommando verweigert jede Genehmigung für Neubauten. Von Seiten der Stadt ist alles getan, um die Baulust zu fördern; bisher aber ohne jeden Erfolg. Wenn dieser weiter ausbleibt, müsse die Stadt notgedrungen dazu übergehen, selbst zu bauen.

— Die Auszahlung der Kriegsunterstützungen erfolgt in nachstehender Reihenfolge: Donnerstag, den 31. Januar 1918: Listen-Nr. 1—500 vorm. 8—9 Uhr, 501 bis 700 vorm. 9—10 Uhr, 701—900 vorm. 10—11 Uhr, 901—1100 vorm. 11—12 Uhr, 1101—1200 vorm. 12—12½ Uhr; Freitag, den 1. Februar 1918: Listen-Nr. 1201—1700 vorm. 8—9 Uhr, 1701—1900 vorm. 9—10 Uhr, 1901—2100 vorm. 10—11 Uhr, 2101 bis 2300 vorm. 11—12 Uhr, 2301 bis zum Schluß von 12—12½ Uhr vormittags.

Naßnitz. Beim Fällen von Bäumen in den Gemeindeteilen hatte der jugendliche Landwirt Jauck, ein Sohn der Witwe Jauck, das Unglück, durch die Zweige und das starke Geäst einer fallenden Pappel getroffen und zu Boden geschleudert zu werden. Die erhaltenen inneren Verletzungen erwiesen sich so schwer, daß der Bedauernswerte einer Hallischen Heilanstalt überwiesen werden mußte, wo er inzwischen verschieden ist.

Delitzsch. Einbruch im Deutschen Kaiser. Im Gasthause zum Deutschen Kaiser wurde in der Nacht zum Dienstag eingebrochen. Der Dieb nahm Speck und Brot, Zigarren und Zigaretten, sowie drei Paar Strümpfe an sich. Von dem Schauplatz seiner Tätigkeit wurde er durch die Dazukunft der Frau Bär, die gegen 5 Uhr morgens die Schankräume betrat und den Dieb noch bei seiner Tätigkeit sah, verscheucht. Der Einbrecher, der zum Fenster heraussprang, entkam unerkannt.

— Kunsthonig wird am 30. und 31. d. M. in allen Verkaufsstellen auf Abschnitt Nr. 40 der Lebensmittelscheine je ½ Pfund zu 75 Pf. das Pfund verausgabt. Volksküchenabschnitte gelten voll. Der verbleibende Rest kommt später zur Abgabe, was die Verkaufsstellen genau beachten wollen.

Bitterfeld. Landtagsersatz„wahl". Im Wahlkreise Delitzsch-Bitterfeld wurde gestern im Zeichen des „Burgfriedens" der Vorsitzende des Zentralverbandes der deutschen Industriellen Landrat a. D. Roetger „gewählt". Roetger war alleiniger Kandidat.

Torgau. Rückfällige Diebin. Eine junge Frauensperson, die vor wenigen Tagen erst aus dem Gerichtsgefängnis entlassen worden war, stahl einer armen Frau verschiedene Kleidungsstücke von ziemlichem Werte. Ehe sie aber mit ihrer Beute abdampfen konnte, wurde sie auf dem Bahnhofe von der Polizei gefaßt und die Sachen ihr abgenommen. Das Mädchen, das wegen Diebstahls bereits vorbestraft ist, kam nun wiederum in Haft.

Großkayna. Zwei Schulknaben ertrunken. Ertrunken sind auf dem hiesigen Schachtteiche die beiden Knaben Trömel und Linde im Alter von 12 und 10 Jahren. Beim Laufen über das morsche Eis brach zuerst der ältere ein, und bei dem Versuche, ihn zu retten, ertrank auch der jüngere. Die angestellten Wiederbelebungsversuche blieben leider ohne Erfolg.

Verantwortlich für: Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches und Allerlei Paul Hennig; Feuilleton, Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Karl Bock; Anzeigen Wilhelm Krug; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Donnerstag, den 31. Januar: Keine Witterungsänderung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180130-19/fragment/page=0003

Walhalla-Theater. ½8 Uhr.
Letzte 2 Tage!
Der Favorit.
Operette von Robert Stolz.
Freitag. Erst-Aufführung:
„Pst! Pst!“
Operette von Paul Lincke.
In Dresden, München grosser Erfolg.
3730 — Vorverkauf eröffnet. —
Kasse v. 10—1½ u. 4—6.

3402 Neu! Neu!
Achtung!

Altenburger Hof.
Am Alten Markt. Eingang Kutschgasse.
Täglich: Gr. Konzert der Hauskapelle.
Um regen Zuspruch bittet Frau F. Kampe.

Vorteilhaftes Angebot in *1867
Pelzwaren!!!
Ich empfehle mein erstklassiges, grosses Lager hierin zu ganz besonders billigen Preisen, u. a.:
Alaskafuchs Mk. 88.75 und höher
Blaufuchs „ 125.00 „
Nerzmurmel „ 45.00 „ „
Kanin „ 28.00 „ „
Skunks, Iltis, Nerz, Marder, in reiner Kürschnerarbeit
zu bekannt soliden Preisen.
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.
Pelzhaus Rosenberg, Spezial-Etagengeschäft.
Gr. Ulrichstr. 6/8, Halle, Gr. Ulrichstr. 6/8.

Nur noch heute und morgen!
Alte Promenade 11 a Fernruf 3738. **U.T** **Leipzigerstrasse 88** Fernruf 1224. 3731
Der goldene Tod. Drama in 3 Akten.
Ein fideles Gefängnis. Lustspiel in 3 Akten von Ernst Lubitsch.
Erna Morena in **Prima Vera.** Drama in 3 Akten.
Arnold Rieck in **Frau Lenes Scheidung.** Lustspiel in 4 Akten.
Ab Freitag, den 1. Februar!
Henny Porten in: **Gräfin Küchenfee.** Lustspiel in 3 Akten.
Waldemar Psilander in: **Um das Bildnis des Königs.** Künstlerdrama in 3 Akten.
Stuart Webbs 20. Abenteuer in: **Ein rätselhafter Blick.** — 4 Akte.
Das Paprika-Liebchen. Lustspiel in 2 Akten.
Die kleine Lotte und der ruppige Fritz. Lustspiel in 1 Akt.
Beginn täglich 3 Uhr. Beginn 4 Uhr.

Apollo-Theater
Gastspiel Max Walden-Gesellschaft.
Heute, zum letzten Male: Die **Kinokönigin**
Morgen, zum 1. Male:
3729 Der **fidele Bauer**
Operette i. 3 Akt. v. Leo Fall.
Vorverkauf eine Woche voraus täglich 9—1 u. 5—½7.

Stadt-Theater Halle
Direktion: Leopold Sachse.
Donnerstag, d. 31. Januar 1918:
Undine.
Romantische Oper in 4 Aufzügen von Albert Lorzing.
Freitag, den 1. Februar 1918:
3727 Don Juan.

Möbel
sind 8634
nicht knapp!
Ueberzeugen Sie sich von der
Riesenauswahl
der
Möbelfabrik C. Hauptmann,
Kl. Ulrichstr. 36.

Strickwolle und Lumpen
kauft 3405
A. Rein, Königsberg 5. Tel. 2409.

Amtliche Bekanntmachungen.

Verordnung über den Verkehr mit Eiern im Stadtbezirk Halle.

Auf Grund der §§ 3, 2, Abs. 1 und 2, §§ 5 und 9 der Verordnung über Eier vom 12. August 1916 (Reichsgesetzbl. S. 927) und der dazu ergangenen preußischen Ausführungsanweisung vom 24. August 1916, sowie der Verordnung über Eier vom 24. April 1917 (Reichsgesetzbl. S. 374), wird für das Gebiet des Stadtkreises Halle in teilweiser Abänderung der Verordnung vom 13. September 1917 folgendes angeordnet:

1. Aufbringung der Eier.

§ 1. Für den Stadtkreis Halle ist eine Eiersammelstelle eingerichtet worden, deren Leiter der Magistrats-Obersekretär Schachtzabel, Wagegebäude, Zimmer 23, ist.

Die Eiersammelstelle hat zu Aufkäufern bestellt: 1. Frau Pfennigsdorf, Gr. Märkerstraße 5, 2. Herrn Tag, Jenkerstraße 14, 3. Frau Schmalz, Sternstraße 18, 4. Frau Chemnitz, Albert-Schmidt-Straße 4. Jeder Aufkäufer hat über seine Bestellung eine vom Magistrat gestempelte Ausweiskarte erhalten, die er beim Eiereinkauf mitzuführen und dem Verkäufer unaufgefordert vorzuzeigen hat.

§ 2. Zum Aufkauf von Eiern bei den Geflügelhaltern im Stadtkreise Halle sind nur die mit Ausweiskarten versehenen Aufkäufer (§ 1.) berechtigt. Die Geflügelhalter dürfen Eier, die sie zum Verkauf bringen nur an diese Aufkäufer absetzen. Unentgeltlich dürfen Geflügelhalter Eier nur abgeben an die Angehörigen ihrer Wirtschaft, einschließlich des Gesindes und der Naturalberechtigten, insbesondere der Altenteiler und Arbeiter, soweit diese kraft ihrer Berechtigung oder als Lohn Eier zu beanspruchen haben. Jede sonstige entgeltliche oder unentgeltliche Abgabe von Eiern ist dem Geflügelhalter verboten. Ebenso ist der Ankauf und der Weiterverkauf von Eiern durch nicht mit Ausweiskarte versehene Personen untersagt. Zur Abgabe von Eiern zu Zuchtzwecken bedürfen die Geflügelhalter der Genehmigung des Magistrats, Stadternährungsamt, Abt. I.

§ 3. Jeden Aufkauf von Eiern haben die Aufkäufer in einem ihnen von der Sammelstelle ausgehändigten Zettelblock einzutragen. Für jeden Einkauf ist ein Blatt des Blocks zu verwenden. Der Stammabschnitt des Blattes verbleibt dem Aufkäufer, den zweiten Abschnitt erhält der Geflügelhalter. Die Eintragungen in den Block müssen vollständig und auf beiden Abschnitten gleichlautend sein. Gegen Abgabe des ihm überlassenen Abschnittes im Zimmer 25 des Verwaltungsgebäudes der Polizeiverwaltung, Dreyhauptstraße 4, erhält der Geflügelhalter eine Anweisung auf Futter. Für je ein abgeliefertes Ei werden, soweit der Vorrat reicht, 250 Gramm Futter angewiesen. Die Aufkäufer haben die Eier sofort bar zu bezahlen. Der Kaufpreis darf den jeweilig von der Provinzialeierstelle festgesetzten Höchstpreis nicht überschreiten.

§ 4. Die Aufkäufer sind verpflichtet, die aufgekauften Eier alsbald, mit den Blockabschnitten belegt, an die Sammelstelle abzuführen. Die Gefahr des Verderbens und des Transports bis zur Ablieferung an die Sammelstelle tragen die Aufkäufer. Den Aufkäufern ist verboten, die Eier zu versenden oder an andere Stellen als an die Sammelstelle zu verbringen. Die Sammelstelle hat die Eier an den städtischen Markt in der Talamtschule abzuführen. An andere Stellen darf sie die Eier nicht verbringen.

§ 5. Bringen die Hallischen Geflügelhalter die von dem Stadtkreise Halle zur Versorgung seiner Versorgungsberechtigten mit Eiern aufzubringende Anzahl von Eiern nicht durch freiwillige Ablieferungen gemäß § 2 auf, so können die fehlenden Mengen auf die Geflügelhalter des Stadtkreises nach Maßgabe der Geflügelzahl umgelegt werden; alsdann sind die Geflügelhalter zur Lieferung der umgelegten Mengen ohne Rücksicht auf den eigenen Bedarf verpflichtet.

§ 6. Eier im Sinne dieser Verordnung sind die Eier von Hühnern, Gänsen und Enten.

2. Abgabe von Eiern.

§ 7. Der Kommunalverband Halle gibt Eier nur an versorgungsberechtigte Einwohner ab. Zu diesen gehören die Selbstversorger nicht, sie sind also zum Bezuge von Eiern nicht berechtigt.

§ 8. Als Selbstversorger gelten die Geflügelhalter nebst den Angehörigen ihrer Wirtschaft. Zu diesen gehört lediglich der Personenkreis, wie er in § 2, Abs. 2, Satz 2, näher umgrenzt ist. — Die Selbstversorger haben bei Vermeidung der Bestrafung alsbald der zuständigen Markenausgabestelle ihren Lebensmittelschein zur Eintragung eines Vermerks über ihre Eigenschaft als Selbstversorger vorzulegen, soweit sie nicht bereits in ihrem Lebensmittelschein als Selbstversorger gekennzeichnet sind. (Wegen der versorgungsberechtigten Anstalten und Betriebe vergl. § 10.)

§ 9. Jede Abgabe von Eiern an versorgungsberechtigte Verbraucher ist unter Eintragung der Stückzahl und des Abgabetages im Lebensmittelschein zu vermerken. Es dürfen an einen versorgungsberechtigten Haushalt bzw. versorgungsberechtigte Einzelperson nur soviel Eier abgegeben und von jenen bezogen werden, als der Magistrat jeweils durch Bekanntmachung festgesetzt hat. Ein Erwerb von Eiern durch Verbraucher außerhalb der öffentlichen Zuteilung ist verboten.

§ 10. An Anstalten (Kranken- und Siechenhäuser, Kliniken, Erziehungs- und Arrestanstalten und dergl.), Schank- und Gastwirtschaften, Konditoreien, Bäckereien und andere gewerbliche Betriebe, dürfen Eier nur gegen Aushändigung von Bezugsscheinen abgegeben werden, die vom Stadternährungsamt ausgestellt sind, und zwar nur in der Anzahl und für den Zeitraum, über die die Scheine lauten. Die Bezugsscheine sind nicht übertragbar.

§ 11. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmung dieser Verordnung werden nach §§ 17 der Verordnung über Eier vom 12. August 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 927) und der ergänzenden Strafbestimmung der Verordnung vom 24. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 874) mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft; neben der Strafe kann auf Einziehung der Eier oder der verbotswidrig hergestellten Erzeugnisse, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, erkannt werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 12. Diese Verordnung tritt mit dem 30. Jan. 1918 in Kraft.

Halle, den 30. Januar 1918. Der Magistrat.

Städtischer Verkauf von Gebäck

auf besondere graue Warenbezugskarten für ältere Leute von 70 Jahren ab in der Talamtschule am Donnerstag, den 31. Jan. 1918. Zum Kaufe berechtigt sind die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 1—35 000 vormittags von 8½—12 Uhr und die Inhaber der Nrn. 35 001—70 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Auf den Abschnitt C der besonderen grauen Warenbezugskarte wird ein Paket Gebäck zum Preise von 40 oder 56 Pf. abgegeben. Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man abgezähltes Geld bereithalten.

Halle, den 30. Januar 1918. Der Magistrat.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf der, der Stadt überwiesenen **Marmelade** wie folgt geregelt:

Der Verkauf beginnt am Donnerstag, den 31. Jan. 1918. Für jede Person eines Haushaltes kann ⅛ Pfund verabfolgt werden. Der Verkaufspreis beträgt 90 Pfennige für das Pfund.

Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Marmelade einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind.

Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marke 131 des Warenbezugscheines XIII zu erfolgen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken, zu Hunderten gebündelt, im Stadt-Ernährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links) binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen.

Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. September und 4. November 1915.

Halle, den 30. Januar 1918. Der Magistrat.

Sohlenschoner
empfiehlt *1943
Lederhandlung
Carl Friedrich Nachf.,
Brüderstr. 13.

Kauft das gute

zu haben:
in den durch Plakate kenntlich gemachten Verkaufsstellen in allen Teilen der Stadt.
Dampf-Brotfabrik Halle a/S.
8460

TERROR-BAZILLEN vernichten radikal Mäuse, Ratten und Hamster unschädlich für Menschen, Haustiere u. Wild
TERROR-PULVER gegen Schwaben, Kellerasseln und Ameisen
Wirkt unter Garantie. Ungiftig
Chemisch-pharmazeutische Nährmittel G.m.b.H. K. Berke,
Nietleben, Halleschestr. 17.
*1967 Vertreter gesucht!

Möbel, Betten, Pfandscheine
8424 kauft zu höchsten Preisen
Frau Homickel, Kleine Klausstraße 6.

Schulbücher aller Art
Tafeln, Schiefer, Federkästen, Bleie, Zeichenblocks, Zeichenständer, Tornister usw.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung
Halle a. d. S., Harz 42/44.

Arbeiter-Notizkalender 1918
Mit dem Porträt Karl Marx. Der vielseitige Inhalt ist den Bedürfnissen der Arbeiter und der Kriegszeit angepaßt. Außer dem reichhaltig statistischen Adressen-Material und sonst wissenswerten Notizen verdienen besonders hervorgehoben zu werden: Die deutschen Gemeinden vor und nach dem Kriege. — Vom guten Deutsch — Sozialdemokratische Forderungen auf sozialpolitischem Gebiete. — Karl Marx — Die Gewerkschaften im Kriegsjahr 1916.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung
Halle (Saale), Harz 42/44.

Familien-Nachrichten.

Am Dienstag früh 7½ Uhr verschied nach kurzem, schweren Krankenlager, unser innigstgeliebter, herzensguter, treusorgender Vater, Schwiegervater und Großvater, der Eisendreher

Wilhelm Wegewitz,

im kaum vollendeten 61. Lebensjahre,

welches im tiefsten Schmerz zur Kenntnis bringen:

Witwe **Emma Wegewitz** geb. **Riemer.**
Alma Bartelt geb. **Wegewitz** und 4 Enkelkinder.
Selma Wilhelm geb. **Wegewitz** und 2 Enkelkinder.
Alfred Wegewitz. **Emma Wegewitz.**
Frieda Wegewitz. **Hedwig Wegewitz.**
Otto Bartelt (zurzeit im Felde).
Richard Wilhelm (zurzeit im Felde).
Martha Wegewitz geb. **Theuring.**

Für seine Kinder hat er gelebt,
Für seine Kinder ist er gestorben,
Er bleibt uns ewig, unvergeßlich!

Halle-Giebichenstein, Osendorf.

Die Beerdigung findet Freitag, 1. Februar, nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Gertrauden-Friedhofes aus statt. 3726

Metallarbeiter-Verband

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Dreher

Wilhelm Wegewitz,

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Freitag, 1. Februar, nachm. 3 Uhr von der Leichenhalle des Gertrauden-Friedhofes aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht 3728

Die Ortsverwaltung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180130-19/fragment/page=0004

Kautsky gegen Kautsky.

Von Karl Kautsky.

Unter diesem Titel veröffentlicht irgend ein K. P. in der Silvesternummer der Chemnitzer Volksstimme einen Artikel, in dem er nachzuweisen sucht, daß ich selbst meine Entfernung aus der Neuen Zeit gut geheißen habe, und zwar in einem Artikel, der in der Neuen Zeit vom 28. Oktober 1905 erschien. Der Parteivorstand von heute sei durch jenen Artikel von damals vollständig gerechtfertigt, denn ich hätte dort erklärt, wenn jemand von einer Organisation beauftragt sei, innerhalb ihres Organs in ihrem Namen zu sprechen, dann habe sie das Recht, ihn von seinem Posten zu entfernen, sobald seine Ueberzeugung in Widerspruch zu der ihrigen gerate.

Ich gestehe, das ich das gesagt, ja ich muß noch mehr gestehen: ich vertrete heute noch dieselbe Meinung. — Sie trifft aber gar nicht den Fall der Neuen Zeit, und das weiß K. P. selbst sehr gut. Anders wäre die Weglassung eines Sätzchens aus dem langen Zitat, das er vorbringt, nicht zu erklären. Nicht weniger als 95 Druckzeilen zitiert er von mir, und gerade dieses Sätzchen läßt er weg. Nicht durch ein Versehen, denn er bezeichnet die Weglassung durch eine Reihe von Rubriken. Die ganze Stelle sei hier wiedergegeben, wobei der von K. P. weggelassene Satz in halbfettem Druck hervorgehoben ist. Die Stelle lautet:

Wie nun, wenn seine (des Journalisten) Anschauungen von denen seiner Auftraggeber abweichen, **erheblich, dauernd abweichen? Er spricht doch nicht in seinem Namen — als solcher kann und muß er völlig frei reden —**, er spricht im Namen der Partei oder doch einer ihrer Organisationen. Hat er ein Recht darauf, im Namen der Organisation, mit Benutzung der Hilfsmittel der Organisation gegen diese selbe Organisation zu wirken?

Man sieht, daß K. P. allen Grund hatte, die paar Zeilen wegzulassen, obwohl dadurch das Zitat ein Stilungeheuer wurde. Die weggelassenen Worte zeigen, daß man in dem zitierten Artikel bloß solche Fälle im Auge hatte, in denen ein Journalist anonym im Namen seiner Organisation spricht und dadurch seinen Anschauungen ein Gewicht verleiht, das sie sonst nicht hätten. Wo der Schriftsteller in seinem Namen spricht, muß er völlig frei reden. Nun, in der Neuen Zeit sprach jeder Mitarbeiter und auch jeder Redakteur nur in seinem Namen, keiner als Wortführer der Partei oder einer ihrer Organisationen. Keiner besaß dort durch seine Organisation eine größere Autorität, als seinen Argumenten zukam. Soweit jemand für den Inhalt der Neuen Zeit vor der Oeffentlichkeit verantwortlich gemacht wurde, war ich es und nicht der Parteivorstand. Nur in dieser Weise war ein Parteiorgan als wissenschaftliches Organ möglich.

Mit dieser Feststellung kann ich K. P. als bewußten Fälscher entlassen. Da aber durch ihn der Gegenstand wieder einmal aufs Tapet gebracht wurde, sei noch einiges darüber bemerkt.

Mein Artikel von 1905 trifft für den jetzigen Fall der Neuen Zeit nicht nur deshalb nicht zu, weil sie ein wissenschaftliches Organ, sondern auch deshalb nicht, weil sie nicht die Schöpfung einer Organisation war. Noch so viele Zitate können die Tatsache nicht beseitigen, daß Dietz und ich sie geschaffen haben, mit erheblichen persönlichen Opfern, um sie dann dem Parteivorstand auf sein Verlangen zur Verfügung zu stellen, ebenso wie es gleichzeitig mit der Gleichheit geschah und wie es die Berliner Genossen mit dem von ihnen geschaffenen Vorwärts kurz vorher getan hatten.

Ebert erklärte wohl in Würzburg, die Neue Zeit sei ein „Parteiorgan" wie jedes andere, nur mit dem Unterschiede, daß wohl für keines relativ so große Opfer der Partei gebracht werden mußten, wie für die Neue Zeit. Wollten wir diesen Standpunkt der Pfennigfuchserei gelten lassen, dann ergibt eine Nachrechnung, daß die Neue Zeit von dem Zeitpunkt an, in dem in den Parteitagsberichten über sie Rechnung gelegt wurde (1902), im ganzen 22 776 Mk. Defizit und 16 540 Mk. Ueberschuß aufzuweisen hatte. Die Defizite entfallen auf die ersten Jahre bis 1905, seitdem weist die Neue Zeit (mit Ausnahme von 1908) in den Parteitagsberichten nur Ueberschüsse auf. Die ganzen ungeheuren Opfer, die die Partei für die Neue Zeit zu bringen hatte, seitdem wir sie der Partei abgetreten hatten, belaufen sich also auf rund 6000 Mk. Dagegen hat Dietz nach meiner Schätzung, so lange sie Privatorgan war, über 100 000 Mark für sie verausgabt. Ich habe, um ihr Erscheinen zu ermöglichen, in unseren Anfängen mich sieben Jahre lang mit einem jährlichen Redaktionsgehalt von 1800 Mk. begnügt. Der Parteivorstand aber hat die Neue Zeit 1901 bekommen, ohne daß sie ihn einen Pfennig kostete. Welches Opfer für ihn! — Gewiß ist es dem Eifer der Parteigenossen in der Verbreitung der Neuen Zeit zuzuschreiben, wenn sie seit einer Reihe von Jahren Ueberschüsse machte. Aber die meisten der Organisationen der Partei, die für die Neue Zeit in dieser Weise wirkten, stehen heute im Lager der Unabhängigen.

Also auch nach der Seite der materiellen Leistungen für die Neue Zeit ist es mit den daraus zu ziehenden Ansprüchen des Parteivorstandes auf sie schlecht bestellt. Sein Anspruch auf sie wie auf die Gleichheit und den Vorwärts begründet sich nur auf eines: auf das Vertrauen, das wir in den alten Vorstand, in die Auer und Bebel, Liebknecht und Singer setzten. Dem neuen Vorstand stand der Besitz einiger Organe höher als der Besitz des Vertrauens des deutschen Proletariats, der Internationale, zu seinem Anstand und seinem Rechtsgefühl.

Er wehklagt jetzt über die verderblichen Folgen der Parteispaltung und doch gerade er hat sie nicht nur herbeigeführt, sondern auch unheilbar gemacht, wenigstens für so lange, als er in seiner jetzigen Zusammensetzung die Geschäfte der alten Parteiorganisation führt. Denn eine Einigung erheischt zwei Vorbedingungen: sachliche Uebereinstimmung und Vertrauen zu den leitenden Personen der Gegenseite. Die sachliche Uebereinstimmung kann wieder kommen, wenn die Logik der Tatsachen den Abhängigen eine radikalere Dialektik einbläut. Wer aber Vertrauen einmal gebrochen und verloren hat, wird die Betrogenen nie wieder unter seinen Fahnen scharen.

Im kleinen wie im großen erweist sich die Politik der Scheidemänner als kurzsichtigste Augenblickspolitik, die nur von dem Erbe lebt, das sie von ihren großen Vorfahren übernommen hat und das sie sinnlos verschwendet.

Die französische Bevölkerungskrisis.

In der französischen Kammer äußerte sich der Abgeordnete Merlin über die französische Bevölkerungskrisis folgendermaßen:

Frankreich durchlebt eine Krisis seiner Rasse, eine unmittelbare Folge des Krieges. Nach der letzten Volkszählung von 1911 betrug die Bevölkerung 39 192 000 Köpfe, davon waren 19 254 000 Männer und 19 937 000 Frauen. Dieser in anderen Ländern nicht bestehende Unterschied ist seit 1886 zu verzeichnen. Bis zu 20 Jahren sind die Zahlen beider Geschlechter noch gleich, dann aber räumen Schwindsucht, Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, Alkohol sowie schlechte Ernährung unter den Männern auf. Um wie viel ist nun im Kriege die Ueberzahl der Frauen gewachsen? Im Ministerium des Innern hat man mir keine Antwort gegeben; die mit Kriegsbeginn unterbrochene Statistik ist erst jetzt wieder aufgenommen. Andere Länder liefern solche Statistiken, doch werden sie leider zu wenig beachtet. Vor 1914 war die Geburtenzahl in Paris mit 17,4 vom Tausend die niedrigste unter den europäischen Hauptstädten, gegen 19,2 in Berlin, 24,5 in London und 26,7 vom Tausend in Köln. Im Jahre 1916 sinkt sie in Paris auf 9,8, in London bleibt sie auf 23,1, in Köln ist sie auf 16, in Berlin und München auf 12,2 vom Tausend gesunken. Unsere Sterblichkeitsziffer stellt sich ebenso ungünstig, in Paris war sie 15,2 gegenüber 10,9 in Berlin, 14,3 in London, 9,7 in Frankfurt a. M.; allerdings erreichen Köln und Hamburg 18 bzw. 19 vom Tausend. Ein Teil der Aerzte müsse unbedingt aus der Front zurückgezogen werden.

Jeannine schreibt in La Bataille vom 24. Dezember bei Besprechung eines Buches: Mére sans être épouse (Unverheiratete Mütter) von Martin de Torina und unter Berücksichtigung der Veröffentlichungen der Ligue française, sowie der Aerzte Richet und Pinard: „Vor dem Kriege kamen jährlich in Frankreich 19,1 Geburten und in Deutschland 31,6 Geburten auf 1000 Einwohner. Das gibt zu denken. . . . . Der Bevölkerungszuwachs betrug vor einigen Jahren auf 10 000 Einwohner berechnet. 141 in Deutschland, 115 in England, 114 in Oesterreich, 113 in Italien, 7 in Frankreich. — Diese Zahlen führen uns notgedrungen die Frankreich drohende Gefahr vor Augen, in mehr oder weniger naher Zeit in der Welt höchstens noch eine Rolle als kleine Nation zu spielen."

Was die Ursache dieser erschreckenden Bevölkerungsabnahme betrifft, so heißt es: „Gewiß könnte man sie in erster Linie auf Rechnung des Krieges setzen, der Hekatomben von Männern gefordert hat. Aber dieses Uebel wütet gegenwärtig bei allen kriegführenden Ländern und das Geburtenverhältnis fährt fort, in Frankreich niedriger als irgendwo sonst zu sein." Weder die Abwanderung vom Lande nach den Städten, noch der Alkoholismus, noch der Code civil, auch nicht der zunehmende Unglaube tragen daran die Schuld: „Der religiöseste Bezirk von Paris ist derjenige, der die wenigsten Geburten zu verzeichnen hat." Auch die Unfruchtbarkeit kommt nicht in Betracht, wohl aber die gewollte Beschränkung der Kinderzahl: „Die Erziehung eines Kindes ist zu teuer." Daher schreiben Pinard und Richet vollkommen zutreffend, daß Strafandrohungen gegen Abtreibungen, Hebung der Sittlichkeit und der Achtung vor der Familie und staatliche Bevorzugungen kinderreicher Familien bzw. ihrer Kinder selbst durch Anstellungen der Väter im Staatsdienst, durch Steuerminderung, Verkürzung der Wehrpflicht usw. zwar ausgezeichnete Maßregeln, aber nur von schwacher Wirkung sind: „Die einzige wirksame Maßnahme wäre ein bedeutender Zuschuß zum Ausgleich der schweren Aufgabe, die der Familie durch die Geburt eines Kindes erwä[chst]."

Halle und Saalkreis.

Halle, den 30. Januar 1918.

Verboten!

Die vom Stellvertr. Generalkommando des 4. Armeekorps in Magdeburg für den 31. Januar 1918 genehmigte Wahlrechtsversammlung im Volksparke ist vom Stellvertr. Generalkommando des 4. Armeekorps in Magdeburg laut Verfügung vom 29. Januar 1918 verboten werden.

Hilfsdienstgesetz und Arbeiterausschüsse.

Von der Hallischen Gewerbe-Inspektion wird uns geschrieben: Kürzlich sind für die nach dem Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst vorgeschriebenen Arbeiterausschüsse in kriegswichtigen Betrieben mit mehr als 50 Arbeitern vom Minister für Handel und Gewerbe neue Bestimmungen erlassen worden, die nicht unwesentlich von den früheren abweichen. So muß z. B. von dem Ausschuß ein Obmann und ein Schriftführer mit Stellvertretern gewählt werden. Die Zusammensetzung des Ausschusses ist unter Bezeichnung des Obmanns, des Schriftführers und ihrer Vertreter im Betrieb durch Anschlag bekanntzumachen. Für jede Sitzung ist eine Tagesordnung festzustellen. Der Ausschuß kann auch ohne den Unternehmer, der ihn sonst einzuberufen hat, tagen, und zwar auf Einladung des Obmanns. Die Gewerbe-Inspektoren haben jetzt nicht nur über die Anfechtung der Gültigkeit der Wahlen zu entscheiden, sondern auch über die gesetzliche Notwendigkeit des Ausschusses, ferner über die Wahlberechtigung und Wählbarkeit, über die Geschäftsführung der Ausschüsse und über andere Streitigkeiten, die aus den Wahlen entstehen. Der Regierungs-Präsident kann weiterhin, wenn kein Ausschuß gebildet wird, das Notwendige zur Bildung des Arbeiterausschusses veranlassen, abgesehen davon, daß er auch Zwangsstrafen gegen den Unternehmer festsetzen kann. Es empfiehlt sich, daß alle Betriebe, in denen ein Arbeiterausschuß vorhanden ist, sich die neuen Bestimmungen des Ministers für Handel und Gewerbe (vom 31. 12. 17) beschaffen. Diese Bestimmungen können u. a. von Karl Heymanns Verlag, Berlin W 8, Mauerstraße 43/44, bezogen werden. — Nähere Auskunft über die Bestimmungen werden von der Gewerbe-Inspektion Halle bereitwilligst erteilt.

Der Holzarbeiterverband im Jahre 1917.

Am 27. Januar hielt die hiesige Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes ihre Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte der Vor-

---

74]

Der Sonnenwirt.

Roman von Hermann Kurz.

Der Richter ging und brachte das amtliche Landesblatt, auf dessen Rückseite die Frucht-, Wein-, Holz- und Salzpreise verzeichnet waren. Der Amtmann nahm das Folioblatt, legte es vor sich auf den Tisch, stärkte sich zuvor durch eine Prise und suchte dann mit dem Finger im Schrannenzettel. „Da steht's," sagte er, „Göppinger Schranne, Dinkel drei Gulden dreißig, Haber zwei Gulden dreißig."

„Ja," sagte der andere Gerichtsbeisitzer verdrießlich, „seit der Ernt' hat der Dinkel um dreißig Kreuzer abgeschlagen, im August hat er noch vier Gulden kost't."

Der Amtmann rechnete mit dem Bleistift auf einem Stück Sudelpapier. „Vier Scheffel Dinkel," murmelte er, „tut vierzehn Gulden: drei Scheffel Haber, tut sieben Gulden dreißig, beides nach jetzigem Preis. Zusammen also einundzwanzig Gulden und dreißig Kreuzer. Ist Er mit der Taxation zufrieden?"

„Herr Amtmann," antwortete Friedrich, „ich hab' zu meinem Vater gesagt, wenn der Fruchtpreis bis zur Abrechnung anziehe, so solle das sein Nutzen sein; also sollt's eigentlich mir zugut kommen, wenn der Preis unter der Zeit gefallen ist, weil mein Vater ja doch damals nicht hat verkaufen wollen. Aber ich bin nicht so interessiert. Machen Sie nur das Ungerade voll und rechnen Sie zweiundzwanzig Gulden, daß die Zahl rund ist."

„Ich weiß nicht, was Er will," sagte der Amtmann. „Ich habe ja nach dem heutigen Preis, also zu Seinen Gunsten gerechnet."

„Richtig, Herr Amtmann," erwiderte Friedrich, „aber Sie haben vier Scheffel Dinkel und drei Scheffel Haber angenommen, und es können ebensogut vier Scheffel Haber und drei Scheffel Dinkel gewesen sein, oder auch gradaus halb und halb."

„Ist mir das eine Strohhalmspalterei!" rief der Amtmann verdrießlich. Die beiden Gerichtsbeisitzer lachten. „Wenn's hoch kommt, so macht's 'n Gulden Unterschied, und 'n halben Gulden will er ja selber drein geben," sagte der eine. „Kommst endlich ins Rechnen?" rief Friedrichs Vormund, „'s wär' wohl Zeit, daß du dran dächtest; hätt'st aber schon früher anfangen sollen."

„Damit Er sieht, daß Ihm kein Unrecht geschieht, so will ich's Ihm vorrechnen," sagte der Amtmann und griff wieder zum Bleistift.

„Ach, mir ist's ja nicht ums Geld!" sagte Friedrich zugleich ärgerlich und beschämt. Ihn hatte bloß das verdrossen, daß man von den möglichen Grundlagen der Berechnung die ungünstigste angenommen hatte.

Während der Amtmann noch rechnete, hörte man vor der Türe, die der Schütz aus Neugier ein wenig offen gelassen hatte, einen schweren Tritt, der von wiederholten Räuspern des Kommenden begleitet war, dann einen Wortwechsel mit dem Schützen, welcher endlich sagte: „Wenn Er mit Gewalt 'nausgeschmissen sein will, so probier' Er sein Glück." Darauf klopfte es an der Türe erst leise und demütig, dann etwas lauter. Der Amtmann ließ einen grimmigen Blick nach der Tür hinlaufen, rechnete aber stillschweigend fort. Es klopfte wieder. „Daß dich das Wetter!" rief der Amtmann und warf den Bleistift hin, „was ist das für ein unverschämter Lumpenkerl?" Einer der Gerichtsbeisitzer ging auf den Zehen nach der Tür und öffnete. Ein halb städtisch, halb ländlich gekleideter Mann stand davor, der, da er sich auf einmal dem Amtmann gegenüber sah, ein paar tiefe Kratzfüße machte. „Mit Ihrem Wohlnehmen, Herr Amtmann!" wollte er beginnen. Zugleich rief der Gefangene, der sich neugierig umgesehen hatte: „Das ist ja der Vetter aus Hattenhofen! Grüß Gott, Vetter!"

„Still!" gebot der Amtmann. „Hab' jetzt keine Zeit!" rief er dem Ankömmling zu. „Sieht Er denn nicht, daß hier etwas Dringendes verhandelt wird? Und wie kann Er sich unterstehen, am Sonntag zu kommen?"

„Exküse, Herr Amtmann," sagte jener, schon halb auf dem Rückzuge begriffen, „'s ist ja eben wegen der Sach'."

„Halt!" rief der Amtmann. „Herein da! Hat Er etwas wider den Angeklagten vorzubringen?"

„Ach nein, Herr Amtmann, wenn Sie's erlauben," antwortete der Mann etwas weinerlich, „ich verklag' ihn nicht, gewiß nicht, und was er von mir hat, das hat er aus gutem freien Willen, und ich will aber auch hoffen, daß ich wieder zu meinem Sach' komm'."

„Also eine Schuldklage!" rief der Amtmann enttäuscht. „Dazu ist jetzt keine Zeit, das ist nachher vorzubringen. Fort!"

„Der ist pfiffig!" sagte der Gefangene lachend, „der weiß den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen. Ich möcht' aber nicht haben, daß er in der Sorg' wär', er könnt' durch mich um etwas kommen, und weil wir ohnehin just an der Abrechnung von meinem Mütterlichen sind, so ist mir's lieber, wenn das auch gleich dazu geschrieben wird."

„Ich hab's ihm aus gutem freien Willen gelassen, Herr Amtmann," wiederholte der Vetter, erfreut über die Willfährigkeit des Gefangenen, indem er sich zugleich, dem Befehl des Beamten gehorchend, aber so langsam, daß er jeden Augenblick zurückgerufen werden konnte, nach der Türe zurückzog.

„Gelassen? aus gutem Willen gelassen?" sagte der Amtmann stutzend. „Was ist denn das?"

Der Mann zuckte die Achseln verlegen lächelnd und blieb an der Türe stehen.

Der Amtmann sah den Gefangenen scharf an. „Ich hab's ihm von meinem Mütterlichen zurückversprochen," sagte dieser.

„Halt!" rief der Amtmann. „Er bleibt da! Bring' Er Seine Sache vor! Ich muß wissen, wie es sich damit verhält."

„Ich will's selber sagen," nahm der Gefangene das Wort. „Ich hab' ja gleich mit 'rausrücken wollen, sobald ich meinen Vetter gesehen hab'. Also, wie sich's um das Strafgeld für meine Christine gehandelt hat, und der Herr Amtmann hat mir die Höll' heiß gemacht und all' die Unehr' und Schmach fürgestellt, die über sie hätt' ergehen sollen, da hab' ich nicht gewußt, wo hinaus und wo hinein, und weil der Herr Amtmann mit dem Geld sehr pressiert hat, so bin ich noch in der nämlichen Nacht gen Hattenhofen gesprungen und hab' bei meinem Vetter da einen Besuch gemacht."

„Und ist der Vetter bei dem Besuch auch selbst zugegen gewesen?" fragte der Amtmann, immer aufmerksamer werdend, den Vetter von Hattenhofen.

„Neinle, neinle, Herr Amtmann, ich bin nicht dabei gewesen," antwortete dieser mit seinem verlegenen Lächeln.

„Das ist aber ein Galgenvogel!" schrie der Richter auf. „Also noch so ein Stück! Wenn man dem die Schublad' aufmacht, so springen lauter Einbrüch' 'raus!"

„Still!" befahl der Amtmann. „Kann Er behaupten, daß Sein Vettere Ihn eingeladen oder aufgenommen habe, und was hat er bei Nacht in dem fremden Haus getan?"

„Es ist mir kein fremdes Haus gewesen, Herr Amtmann," sagte der Gefangene, „und wenn mich auch mein Vetter selbigsmal nicht hat einladen können, weil er just zu der Zeit geschlafen hat, so hab' ich doch von früher gewußt, daß er sein Haus nicht vor mir verschließt."

„Ja freile, freile!" sagte der Mann von Hattenhofen eifrig bekräftigend. „Mir ist ja die Sonne auch nicht verschlossen, und ein' Ehr' ist der andern wert."

„Und was hat Er in dem Haus getan?" wiederholte der Amtmann.

„Die Straf' für meine Christine geholt, wie ich ja schon von Anfang an hab' sagen wollen!" antwortete der Gefangene etwas gereizt.

„Also hat er Ihm Geld genommen?" fragte der Amtmann den Mann vom Lande.

„Beileib net, Herr Amtmann, b'hüt uns Gott!" sagte dieser, „bloß e' bissele Zwetschgen und e' bissele Trilch und e' bissele Garn und e' bissele Flachs, und aber über alles das hat er mir eine Quittung geben."

„Hat Er die Quittung da?"

„Ha freile, Herr Amtmann," rief der Nichtkläger, dem die Freude, sein Anliegen so geschickt anbringen zu können, aus den Augen blinzelte, und reichte die Quittung mit weit vorgebeugtem Leib und ausgestrecktem Arm dem Amtmann hin.

„Hat Er die Quittung in jener Nacht zurückgelassen?" fragte der Amtmann den Gefangenen.

„Nein, Herr Amtmann, damals hat mir's zu arg pressiert. Ich hab' dann gleich den Tag darauf das Sach' verhandelt und das Geld meiner Christine gebracht, damit's mit der Straf' in Richtigkeit kommen soll. In etlichen Tagen hernach bin ich aber wieder hinaus und bin meinem Vetter abermals ins Haus kommen und hab' ihm die Quittung ehrlich und redlich auf den Tisch gelegt, er kann's selber nicht anders sagen. Und wiewohl ich rechtschaffen Hunger gehabt ha', so hab' ich doch für mich nichts angerührt."

„Ja, der Frieder ist recht, das muß man ihm lassen," sagte der Vetter unter fortwährendem leisen Gelächter der beiden Gerichtsbeisitzer. „Ich wär' auch zufrieden gewesen mit der Quittung, denn sein Wort ist mir so lieb wie bar Geld, trag' ihm auch gar nichts nach, und aber nur, weil ich gestern Nacht gehört hab', daß er in Angelegenheit kommen sei, so hab' ich gemeint, ich müß' doch sehen, daß ich wieder zu mei'm Sächle komm', eh' jemand anders die Hand drauf deckt."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621918013O-19/fragment/page=0005

sitzende das Andenken der im Kriege gefallenen und am Orte verstorbenen Kollegen in der üblichen Weise.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattete der Kollege Schnabel den Geschäfts- und Kassenbericht. Auch im verflossenen Jahre hat die Verbandsleitung in Verbindung mit den örtlichen Verbandsinstanzen alles darangesetzt, um eine Erhöhung der Löhne für die Berufsangehörigen als Ausgleich für die unerhört verteuerten Lebensmittel und Bedarfsartikel herbeizuführen. Im August wurde nach langwierigen Verhandlungen vor dem Kriegsamt in Berlin eine Vereinbarung getroffen, die für die Vertragsbetriebe eine Erhöhung der Löhne von 20 Pf. die Stunde herbeiführte. Leider gelang es nicht, diese Vereinbarung in den Hallischen Kriegsbetrieben und Maschinenfabriken voll zur Anerkennung zu bringen. Auf die Eingaben der örtlichen Organisationsleitung hielten die Herren Metallindustriellen, mit wenigen Ausnahmen, nicht einmal eine Antwort für erforderlich. Immerhin wurden auch in Halle in einer Anzahl Betriebe Lohnaufbesserungen erreicht. Im November wurde mit dem Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe bei Verlängerung der Verträge um ein Jahr eine neue Vereinbarung getroffen, die eine weitere Erhöhung der Löhne um 10 Pf. die Stunde und Erhöhung der Mindestlöhne vorsieht. Natürlich sind alle für die verteuerte Lebenshaltung, und die Organisation wird auch im neuen Jahre alles daran setzen müssen, um dem Ausgleiche näher zu kommen, zumal, da die Teuerung immer noch mehr ansteigt.

Versammlungen wurden im Berichtsjahre 11 abgehalten, die sich zu einem großen Teil mit der Durchführung der Bewegungen und sonstige durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse beschäftigten. Ihr Besuch ließ leider sehr oft viel zu wünschen übrig. Die Ortsverwaltung hatte zur Erledigung ihrer Aufgaben 21 Sitzungen und sechs Vertrauensmänner-Sitzungen nötig. Außerdem wurden eine Anzahl Betriebsbesprechungen abgehalten.

Die Urabstimmung im Gesamtverbande für die Neuregelung der Wochenbeiträge und der Unterstützungen ergab für die Hallische Zahlstelle ein Stimmenverhältnis von 265 für die Vorlage der Reichskonferenz und 46 Stimmen gegen sie. Die Vorlage ist im Gesamtverband mit großer Mehrheit angenommen worden.

Die Mitgliederzahl stieg von 394 auf 512, brachte also eine Zunahme von 118 Mitgliedern.

Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse ergeben im Berichtsjahr 15612,75 Mark bei einem Kassenbestand von 803,66 Mark. An die Hauptkasse wurden in bar 7500 Mark eingesandt. — Die Einnahmen und Ausgaben der Lokalkasse ergeben 8264,75 Mk. bei einem Kassenbestand von 643,85 Mk. An Unterstützungen wurden 1803,85 Mk. ausgezahlt.

Die Versammlung erklärte sich mit der Tätigkeit der Ortsverwaltung einverstanden und erteilte dem Kassierer Entlastung.

Die alten Mitglieder der Ortsverwaltung wurden wieder- und für zwei ausgeschiedene Kollegen Ersatz gewählt.

Den Bericht vom Gewerkschaftskartell gab der Kollege Wilczek. Zu Delegierten wurden die alten Delegierten wiedergewählt.

Zum vierten Punkte der Tagesordnung erstattete der Kollege Schnabel einen eingehenden Bericht über: Die Krankenversicherung nach der jüngsten Bundesratsverordnung. Der Vortrag wurde mit großem Interesse entgegengenommen und durch Beantwortung einiger Fragen ergänzt. — Kollege Beuster ermunterte erneut zum Beitritt in die Lokalsterbekasse auf.

Nach Erledigung noch einiger geschäftlicher Angelegenheiten und mit dem Wunsche, die Versammlungen im neuen Jahre zahlreicher zu besuchen, schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

Ein ungerechtes Verfahren.

Die Reichsbekleidungsstelle droht den Kommunalverbänden, die der Verpflichtung zur Bestandsaufnahme der Gasthauswäsche nur ungenügend oder gar nicht nachgekommen sind, mit der Einstellung der Lieferung von Bekleidungsstücken für die bedürftige Bevölkerung und mit der Einleitung eines Verfahrens gegen die säumige Behörde. Es ist natürlich das gute Recht, ja die Pflicht der Reichsbekleidungsstelle, für die Durchführung der im Interesse der Allgemeinheit erlassenen Bestimmungen zu sorgen, aber es muß allerschärfstem Widerspruche begegnen, wenn für die Unterlassungssünden der Gemeindebehörden die bedürftigen Gemeindemitglieder durch Nichtbelieferung bestraft werden sollen. Sie haben keinerlei Einfluß auf die Tätigkeit der Kommunalverwaltung und man darf ihnen deshalb auch keine Verantwortung für die Durchführung oder Nichtbeachtung der Vorschriften aufbürden. Gerade in den Kreisen, die zu den Bedürftigen zu rechnen sind, finden sich keine Wäschevorräte wie bei den Wohlhabenden, die sehr wohl einige Jahre ohne Neuanschaffungen auskommen können. Die heute im freien Handel geforderten Preise sind für die Minderbemittelten schlechthin unerschwinglich, es bleibt also als einzige Versorgungsmöglichkeit die Lieferung durch die Gemeinden, und diese Möglichkeit darf unter keinen Umständen unterbunden werden.

Neue Bekanntmachungen.

Der Verkauf von Marmelade, ½ Pfund für jede Person eines Haushaltes, beginnt am Donnerstag in den Lebensmittelgeschäften.

Gebäck für Leute über 70 Jahre wird am Donnerstag in der Talamtschule auf die Nr. 1 bis 70000 abgegeben.

* **Postpakete freimachen!** Die Reichspostverwaltung unterbreitet den Versendern von Postpaketen die folgende Bitte: „In weiten Kreisen der Bevölkerung herrscht die Ansicht, nicht freigemachte oder mit Nachnahme belastete Postpakete würden wegen der darauf einzuziehenden Geldbeträge bei der Postbeförderung besonders behandelt und gelangten so schneller und sicherer in die Hände der Empfänger als freigemachte Pakete. Viele Personen senden nur aus diesem Grunde Pakete nicht freigemacht oder mit kleinen Nachnahmen belastet ab. Dieses Verfahren ist zwecklos und für die Postverwaltung nachteilig. Alle gewöhnlichen Pakete werden bei der Postbeförderung bis zum Bestimmungsort völlig gleichmäßig und gemeinschaftlich behandelt; nicht freigemachte oder Nachnahme-Pakete werden nicht bevorzugt. Dagegen verursacht die Einziehung der Barbeträge am Bestimmungsorte Weiterungen, die bei freigemachten Paketen wegfallen, und erschwert so den ohnedies schon übermäßig belasteten Postbetrieb. Die Reichs-Postverwaltung bittet deshalb dringend, die Pakete bei der Einlieferung freizumachen und von der künstlichen Belastung mit Nachnahme abzusehen."

* **Keine Fahrpreisermäßigung mehr.** Wie mitgeteilt wird, werden vom 1. Februar an alle Fahrpreisermäßigungen fortfallen, die bisher für besondere Zwecke zugestanden worden sind. Darunter fallen vor allem Reisen zu wissenschaftlichen Zwecken, Schülerfahrten, Reisen, die belehrenden Zwecken dienen, usw. Weiter gewährt wird die Fahrpreisermäßigung dagegen für Hin- und Rückfahrten der Ferienkolonisten.

* **Paßpflicht für Ausländer und Neutrale.** Die Polizeiverwaltung gibt bekannt: Alle Ausländer — auch verbündete und neutrale — müssen im Besitze eines gültigen Passes oder Paßersatzes sein. Wer keinen solchen Ausweis besitzt, oder dessen Gültigkeit abgelaufen ist, hat sich zur Erlangung eines neuen Passes oder Paßersatzes an die Polizeiverwaltung, Politische Polizei, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 52, zu wenden.

* **Petroleumsparlämpchen,** das Stück zu 16 Pf. sind beim Hallischen Hausfrauenbund, Rathausstraße 17, wieder eingetroffen und dort jeden Vormittag von 10 bis 12 Uhr zu erhalten. — Für berufstätige Frauen wird die Kochkiste zweimal wöchentlich am Abend, Montag und Freitag, von 8 bis 9½ Uhr, vorgeführt, außerdem täglich von 10 bis 12 Uhr vormittags.

* **Der Künstlerverein a. d. Pflug** beschloß auf dem letzten Geschäftsabend unter anderem, dem Deutschen Ausschuß für Kunst beizutreten, der begründet ist, um die gesamten Interessen der bildenden, redenden und spielenden Künste wahrzunehmen. In nächster Zeit soll im engeren Kreise ein literarischer Abend veranstaltet werden. Der Jahresbericht und der Kassenbericht für 1917 ergaben ein günstiges Bild, ebenso der abschließende Bericht über das Ergebnis der Spätherbstausstellung.

* **Stadttheater.** Heute, **Mittwoch**, den 30., findet eine Aufführung von Glucks Iphigenie auf Tauris unter Leitung von Generalmusikdirektor Dr. Richard Strauß statt. Donnerstag, den 31., Undine, Freitag, den 1., Don Juan, Sonnabend, den 2., Doktor und Apotheker, nachmittags 3½ Uhr, zum letzten Male Aschenbrödel, Sonntag nachmittag 3½ Uhr Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen Die Fledermaus, abends 7½ Uhr Othello, Oper von Verdi. In Vorbereitung befindet sich Schillers Braut von Messina und Cornelius Oper Ganlöd in der Bearbeitung von Wilhelm von Baußmann.

* **Im Walhallatheater** wird die Operette Der Favorit morgen, Donnerstag, zum letzten Male gegeben. Am Freitag abend ¾8 Uhr kommt zur Erstaufführung die Operette Pst! Pst! von Leonhard Kaskel, Musik von Paul Lincke. Der Vorverkauf für Pst! Pst! ist eröffnet. **Die Kartennachfrage ist bereits sehr groß.**

Diemitz. Die erste Sitzung der Gemeindevertretung im Jahre 1918 wurde vom Vorsitzenden vor Eintritt in die Tagesordnung mit einem Ueberblick über das in den letzten fünf Jahren in gemeinsamer Arbeit zum Besten der Gemeinde Geleistete und die bei den einzelnen Aufgaben maßgebend gewesenen Gesichtspunkte, unter besonderer Hervorhebung der Tätigkeit im abgelaufenen Kalenderjahre. Vor allem sei es darauf angekommen, einerseits die Entwicklung der Gemeinde als großstädtischer Vorortgemeinde zu fördern, und andererseits dabei besonderes Augenmerk der Fürsorge für die Arbeiterschaft und ihre Familien zuzuwenden, die bekanntlich den größten Teil der Bevölkerung ausmache. Dies sei trotz des Krieges möglich gewesen; oder richtiger, dieser habe geradezu außergewöhnliche Gelegenheit hierfür geboten. Abgesehen von einer ganzen Anzahl besonderer Kriegsmaßnahmen (Mieteinigungsamt, Kriegerversicherung u. a. m.) seien vornehmlich unter diesem Gesichtswinkel die Umwandlung der sechsstufigen Schule in das siebenstufige System und die Einrichtung des Haushaltungsunterrichtes, die Einführung der Säuglingsfürsorge und die Einrichtung eines Kinderheims — unter gleichzeitiger Erbauung eines Gebäudes für diese und das Schwesternheim — sowie eines Kinderhortes und Jugendheimes, endlich die Einführung der Berufsvormundschaft erfolgt; dem gleichen Ziele dienten aber auch die Schaffung und Verpachtung von Kleingärten und der Erwerb von rund 80 Morgen Land für die Gemeinde zur Anlage eines Parkes und zur Verbesserung der Löhnungsverhältnisse. Von weiteren Leistungen der Gemeinde während dieses kurzen, überdies zu ⅘ in die Kriegswirren fallenden Zeitraumes wies er noch auf die Erweiterung und Verbesserung der Ortsbeleuchtung, die Einführung der Straßenreinigung, den Bau zweier Kanalstrecken für Schutz- und Regenwässer, die Uebernahme des Klärwerkes und seines Betriebes, den Bau und Inbetriebnahme der Wasserleitung usw. Das Warenlager habe am 31. Dezember 1917 etwa 80000 Mark betragen, der Umsatz habe im abgelaufenen Kalenderjahre fast 1000000 Mark erreicht.

Um nur ein Beispiel von vielen für die der Verwaltung durch die Kriegsmaßnahmen erwachsene außergewöhnliche Belastung zu geben, wies der Redner u. a. darauf hin, daß allein fast 100000 Karten für die Lebensmittelversorgung ausgegeben worden sind; dies, obwohl eine Vereinfachung der hiesigen Lebensmittelkartenverteilung schon dadurch erreicht wäre, daß die z. B. anderwärts noch vorhandenen Eier-, Fett- und Marmeladekarten mit den Lebensmittelkarten vereinigt sind; auch seien bei dieser Zahl der sich aus dem Wechsel der Bevölkerung ergebende Mehrbedarf an Karten, sowie die in die Tausende gehende Ausweise für den Verkauf von Kohlen, Holz, Saatkartoffeln, Torfstreu, Weißkohl, Saatkarten usw nicht berücksichtigt, so daß die obige Zahl im Grunde noch erheblich höher sei. Den Reigen der gegebenen Zahlen schlossen Angaben über die ausgegebenen Kinderspeiseportionen — 10000 — und über die in der Nähstube für die Heeresverwaltung angefertigten Hemden und Hosen — rund 8000.

Von einer eingehenden Darlegung der Geldlage der Gemeinde wurde dagegen abgesehen, um den bei der in Kürze zur Vorlage kommenden Jahresrechnung für 1916 zu gebenden Ueberblicken nicht vorzugreifen, die dann vollständiger wären, als es jetzt möglich wäre. Erwähnt wurde u. a. jedoch das Mehraufkommen von etwa 25000 Mk. an Gemeinde-Einkommensteuer, dem allerdings nicht nur erhebliche Außenstände an Straßenreinigungskosten und Wassergeldern gegenüberständen.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wurde die von dem Vorsitzenden beantragte Nachbewilligung der Kosten für Neubeschaffung eines Dienstzimmers und die Erweiterung der Lichtanlage im Gemeindehause einstimmig bewilligt. Den breitesten Raum in der Besprechung nahm die Angelegenheit wegen Einrichtung und Festsetzung der Bedingungen für den Gemeindemüllagerplatz ein. Nachdem die Wünsche der Gemeindevertretung zu der in Verbindung hiermit zu erlassenden Polizeiverordnung dem Vorsitzenden als Amtsvorsteher bekanntgegeben waren, wurden die Bedingungen für den Müllagerplatz festgesetzt. Von ihnen sind die folgenden hervorzuheben:

Der Müllagerplatz ist nur Mittwochs und Freitags jeder Woche geöffnet, und zwar in der Winterzeit von 1—4 Uhr nachmittags und in der Sommerzeit von 1—7 Uhr nachmittags. Der Beginn des Betriebes des Gemeindemüllagerplatzes wird noch besonders bekanntgemacht. Die Anfuhr ist nur nach Lösung einer besonderen Marke zulässig. Bis auf weiteres betragen die Preise der Marken für Einheimische für einen Handwagen 20 Pf., für eine Einspännerfuhre 50 Pf. und für eine Zweispännerfuhre 1 Mk.; für Auswärtige betragen sie für eine Einspännerfuhre 1 Mk., für eine Zweispännerfuhre 2 Mk., für eine Einspännerfuhre Erde 50 Pf. und für eine Zweispännerfuhre 1 Mk.

Zum Schluß der Tagesordnung beschloß die Versammlung die Räumung des Grabens östlich des Zschaegeschen Grundstücks und desjenigen zwischen den Grundstücken Kaupisch und Doebel und beauftragte den Gemeindevorsteher zur Einziehung von Angeboten hierzu. Endlich wurde auf Antrag des Schöffen Müller die Beschaffung von vier Anschlagtafeln in Aussicht genommen, deren Flächen nach Art von Anschlagsäulen nach noch festzusetzenden Bedingungen vermietet werden sollen. — Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Stadt-Theater.

Jugendfreunde. Lustspiel von Ludwig Fulda. In seinen Lustspielen zeigt sich Ludwig Fuldas eigentliche Wesensart als Bühnendichter am ursprünglichsten. Hier, wo es weniger auf die tiefgründige Behandlung ernster Lebensprobleme, als vielmehr darauf ankommt, die kleinen menschlichen Schwächen und Eitelkeiten in künstlerische Form zu fassen, mit Geist und Witz zu ironisieren und zum Gegenstand anregender Publikumsunterhaltung zu gestalten, da erweist sich Ludwig Fulda als Meister, und da ist ihm auch stets ein Theatererfolg sicher. Wie die schönsten Grundsätze und Lebensregeln schließlich am wirklichen Leben zerflattern, das zuletzt auch den eingefleischtesten und hartnäckigsten Hagestolz ins Ehejoch zwängt und selbst den festgefügtesten Freundschaftsbund einmal sprengt, das ist in den Jugendfreunden, wenn auch mit ein wenig allzu selbstgefälliger und oft ermüdender Breite, so doch recht ergötzlich und unterhaltsam dargestellt.

Unter Adalbert Kriwats Spielleitung fand das Lustspiel in geschmack- und stilvoller Umrahmung eine frische und lebendige Wiedergabe. Die Männerrollen wurden von Adalbert Kriwat (Dr. Martens), Max Eckhardt (Techniker Scholz), Paul Förster (Maler Hagedorn), Hermann Kühn (Musikschriftsteller Winkler) und Georg Pahl (Diener Stephan) mit ausgeprägter persönlicher Eigenart ebenso wirkungsvoll verkörpert, wie die Frauenrollen von Henriette Troeger (Dora Lenz), Irma Grawi (Lisbeth Gerlach), Marianne Seeden (Amalie Siebert) und Helene Hartmann (Toni Leitenberger).

Die Zuhörer, angeregt und erheitert durch das flotte Spiel, zeigten sich denn auch überaus beifallsfreudig.

Allerlei.

100000 Mark Geldstrafen.

Berliner Blätter erzählen: Kein Tag vergeht, ohne daß im Moabiter Kriminalgericht eine Anzahl von Kriegswucherprozessen verhandelt werden. Besonders lohnend für die Staatskasse war der Montag. Vor jeder Abteilung des Schöffengerichts und vor jeder Strafkammer standen mehrere Termine wegen Kriegsvergehen aller Art an. Die erkannten Geldstrafen wegen Kriegswuchers, Höchstpreisüberschreitung usw. erreichten bei oberflächlicher Zusammenzählung die Summe von über 100000 Mark. In den meisten Fällen handelte es sich um Lebensmittel, vielfach aber auch um Metalle, Werkzeuge oder andere für den Heeresbedarf wichtige Dinge. So wurde unter anderem der Fabrikant und Lederhändler Wilhelm Krüger, der Treibriemen mit 16,25 Mark das Kilo eingekauft und mit 30 Mark verkauft hatte, zu 5000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Ein großer Schleichhandel-Prozeß, der das Schöffengericht in Elberfeld beschäftigte, ist für die dortige „bessere" Gesellschaft recht peinlich gewesen. Angeklagt war die Handelsfrau Stadtstein wegen fortgesetzten geheimen An- und Verkaufs aller möglichen Lebensmittel zu Wucherpreisen; ferner der Kaufmann Heinemann, der Dachdeckermeister Hoitz und der Agent Meyer. Bei einer Nachsuchung im Geschäft der Frau H., bei der Schieber und Schleichhändler aus- und eingingen und deren Kunden die „nobelsten Herrschaften" waren, fand die Polizei außer großen Vorräten ein Kontobuch, in dem alle Kunden fein säuberlich eingetragen waren. Sie erhielten gesalzene Strafbefehle. Es waren enorme Preise bezahlt worden: für Mehl bis zu 5 Mark das Pfund, Zucker 3 bis 4 Mark, Butter bis 14 Mark, Eier das Stück 82 Pfennig usw. Die Angeklagte H. erklärte, sie hätte schon deswegen hohe Preise nehmen müssen, weil ihre Kunden monatelang borgten. Auch sei ihr viel gestohlen worden; erst unlängst habe sie noch einer hochfeinen Dame eine Flasche Kognak aus dem kostbaren Muff herausgezogen. Das Gericht verurteilte die H. zu 3000 Mk., Meyer zu 1000 Mk., Hoitz zu 300 Mk. und Heinemann zu 150 Mk. Geldstrafe.

Wieder ein Schieber. Die Posener Strafkammer verurteilte den Kaufmann John Gosewisch aus Leipzig wegen Getreideschiebungen zu 14 Monaten Gefängnis und 51000 Mark Geldstrafe. Die Gefängnisstrafe wurde durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet. Gosewisch wurde gegen eine Kaution von 20000 Mark aus der Haft entlassen.

Zeichen der Zeit. Nicht weniger als 41 Angeklagte bevölkerten am Sonnabend zu gleicher Zeit die drei Strafkammersäle des Berliner Kriminalgerichts. Es handelte sich meist um kleinere Diebstähle an Lebensmitteln und Hehlerei.

Ein unheimlicher Kochtopfbeschwerer. Zum Beschweren eines Kochtopfes wurde von einer Familie Palmowski in Wuttrian, Kreis Alleinstein, eine Granate benutzt. Das Geschoß explodierte und von der Familie wurden der Vater und Tochter schwer, die Frau lebensgefährlich verletzt und der 15jährige Sohn sofort getötet.

Feuersbrunst in Amerika. Französische Blätter melden eine riesige Feuerbrunst in Brooklyn, welche Docks in einer Länge von 3000 Meter und sieben staatliche Speicher zerstörte.

Krieg und Bücherherstellung. Die literarische Produktion Frankreichs betrug im Jahre 1913 über 11000 und im Jahre 1915 weniger als 4000 Neuerscheinungen. Deutschland veröffentlichte in den gleichen Jahren 36000 und 24000 Bücher. Deutschland produzierte also sechsmal soviel Bücher im Kriege, und sogar Italien übertraf die literarische Produktion Frankreichs 1915 um das Dreifache.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

100 Morgen gepflügtes und gedüngtes
Kartoffelland
gibt in kleinen Parzellen ab
O. Schreiber, Schmiedstraße 20. 3716

Därme
zum Hausschlachten, trockene u. gesalzene, hat abzugeben 3404
Gust. Paproth,
Halle, Kl. Ulrichstr. 1, Darmhandlung. Tel. 2724

Lumpen, Knochen, Eisen, Metalle, Papier kauft 3405
Albert Bode jun., Große Klausstr. 22.

Arbeitsmarkt
Lehrlinge
f. Installation u. Klempnerei
stellt ein **Max Welz,** Landwehrstraße 7. 1968

Klavier-, Violin-, Mandolin- und Gitarre-Unterricht erteilt 3406
Wally May, Torstraße 49.

Klempner, Schlosser, Mechaniker, Dreher
für dringende Heereslieferung bei hohen, [illegible] Löhnen [illegible] gesucht. [94]
Max Stahl, Wielandstr. 30.

Sämtliche Parteischriften empfiehlt **Volks-Buchhandlung**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180130-19/fragment/page=0006